

NEUE ZEIT



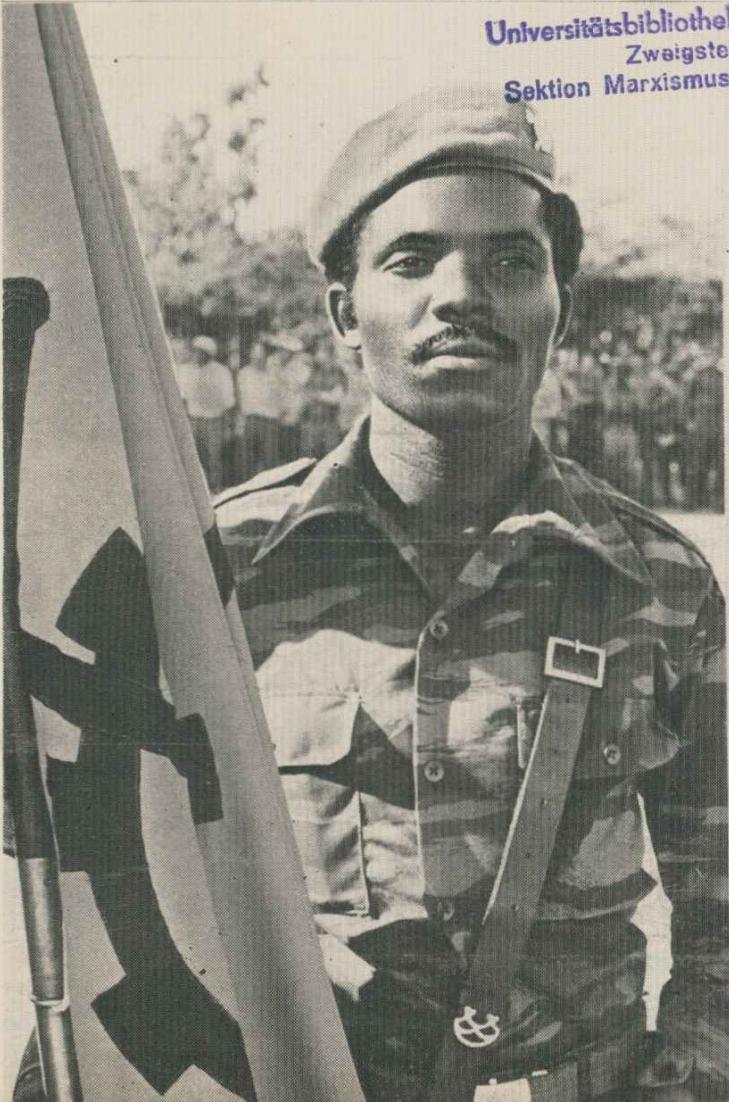
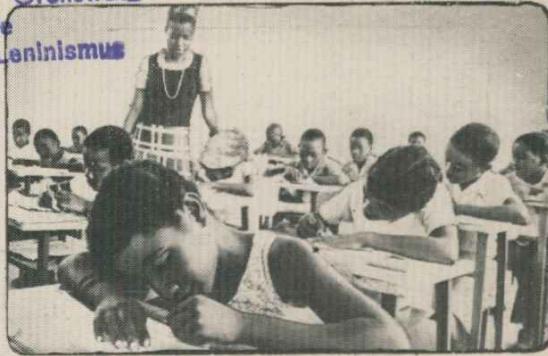
SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

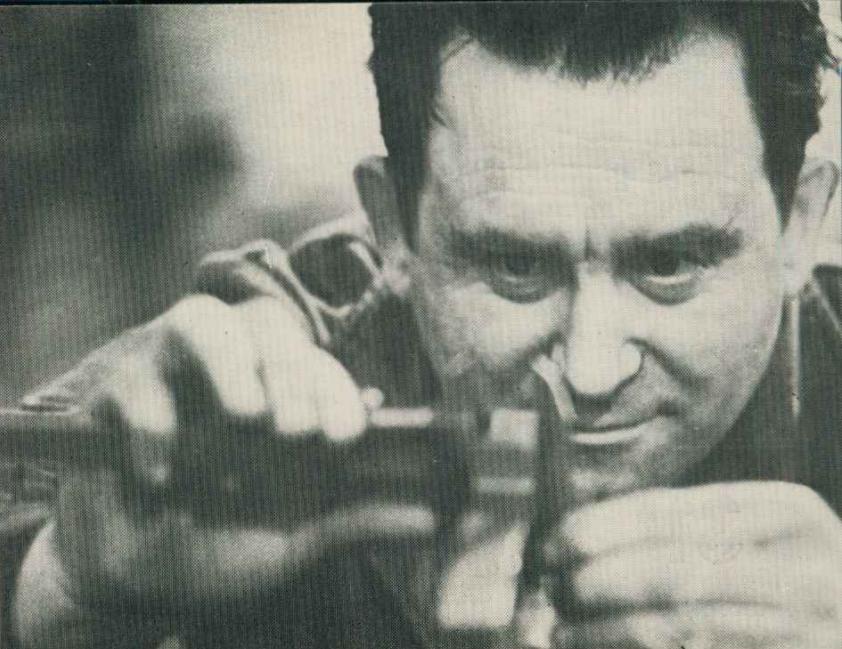
31

JULI 1977

EIN EPOCHALES DOKUMENT
*Proteste gegen Pentagon-Pläne ★ ENERGETIK HEUTE
UND MORGEN ★ Reisebericht aus Tirol*

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus





SOWJETUNION IM BILD

„In Jahrhunderten war Tula Schild und Schwert des Russischen Staates. In diesen alten Landen reifte der Charakter des russischen Menschen — eines unermüdlichen Schaffenden, des Verteidigers seiner Heimat und unbeugsamen Kämpfers für die glückliche Zukunft — aus“, sagte Leonid Breschnew, als er Anfang d. J. der Heldenstadt Tula die Medaille „Goldener Stern“ überreichte.

Heute ist Tula ein großes Industrie- und Kulturzentrum. Dort werden wissenschaftliche Forschungen ange stellt, Nachwuchskräfte ausgebildet, neueste Maschinen, Ausrüstungen und Präzisionsgeräte entwickelt. In den letzten zehn Jahren erhielten die Einwohner der Stadt über 2 Mio m² Wohnraum; anders gesagt, ist ein zweites Tula gebaut worden.

Unsere Bilder: Das Monument der Verteidiger Tulas im Weltkrieg II ◆ A. Morosow, Werkzeugschlosser in der Mähdrescherfabrik ◆ Aspiranten der TH Tula im Saal des Rechenzentrums ◆ Die berühmten Tulaer Samoware aus der Fabrik „Schlamp“.

Fotos A. Chrupow



WORT DES REDAKTEURS

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

BEGRÜNDETE BESORGNISS

In den Machtkorridoren beiderseits des Potomac herrscht eine seltene Eintracht: Am linken Ufer, wo das Weiße Haus und das Kapitol liegen, befriedigt man gern alle Forderungen des Pentagon, das sich am rechten Ufer befindet. Das Wettrüsten wird angepeitscht, Kreuzraketen gehen in Serienfertigung, die Vorbereitungen zur Herstellung der Neutronenbombe und sonstiger neuester Massenvernichtungsmittel sind im Gange. In der amerikanischen Hauptstadt diskutiert man darüber, wie Menschen „am saubersten“, am bequemsten getötet werden können. So mancher behauptet, ein solcher Kurs werde den USA bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Waffen Vorteile sichern. Es werden auch Versuche unternommen, zwischen der politischen und einer militärischen Entspannung künstlich einen Trennungsstrich zu ziehen.

Am 21. Juli sprach Präsident Carter in Charleston über das Verhältnis UdSSR—USA und betonte die Notwendigkeit, es um des Friedens willen zu vertiefen. Das ist zweifellos wichtig. Aber der Präsident überging die Frage der Flügelraketen, der Neutronenbombe und der anderen neuesten Waffensysteme mit Schweigen, als wäre es nicht das Wettrüsten, das die vom Präsidenten selbst verkündeten Ziele so schwer erreichbar macht. Laut *Washington Post* sei Carters Rede hauptsächlich dazu gehalten worden, das amerikanische Volk auf seine Seite zu ziehen. Aber in letzter Instanz kann das Volk eines jeden Landes, auch der USA, nur einen konstruktiven Kurs unterstützen.

Der gesunde Menschenverstand sagt: Es ist sinnlos, von der Rüstungseinschränkung zu reden und im gleichen Atemzug neueste Waffentypen in die Produktion überzuleiten. Bekennisse zur Entspannung lassen sich nicht mit Handlungen vereinbaren, die sie untergraben.

Proteste gegen das Wettrüsten schwellen in der ganzen Welt an. Vor dem Weißen Haus

tragen Demonstranten die Plakate: „Präsident Carter, wir sind gegen die Neutronenbombe!“, „Sie haben das Nullwachstum bei den Rüstungen versprochen — warum dann die Flügelraketen?“, „Schluß mit dem Wettrüsten, nicht mit der Menschheit!“.

In Europa, das zwei Weltkriege durchmachen mußte, ist man über die Eskalation des Wettrüstens empört. Eine breite Diskussion entfaltet sich in der BRD, auf deren Territorium die neue Waffe untergebracht werden soll. So schreibt die *Frankfurter Rundschau*, das Ins-Treffen-Führen der Neutronenbombe würde die SALT-Verhandlungen mit Sicherheit erschweren; Carters Beschuß, mit der Produktion der Neutronenbombe zu beginnen, dürfe die Europäer nicht ihren entschiedenen Widerstand aufgeben lassen. Die türkische *Vatan* hebt hervor, die US-Administration habe eine gefährliche und für den Frieden folgenschwere Runde im Wettrüsten eingeleitet.

Aus diesen Äußerungen hört man die Besorgnis über die Geschicke der Entspannung heraus, mit der das Wettrüsten unvereinbar ist. *Kristeligt Dagblad* (Dänemark) stellt fest: „Anstatt das Wettrüsten einzuschränken, ruft Carter in einigen lebenswichtigen Bereichen akute politische Spannungen hervor.“

Eine Protestwelle rollte über Japan, das aus eigener Erfahrung weiß, was Atombomben sind. Der Japanische Rat für das Verbot der A- und H-Waffen veröffentlichte eine Protesterklärung dagegen, daß die USA die Neutronenbombenproduktion ankurbeln. Der Rat forderte, so bald wie möglich internationales Abkommen über das Verbot aller Kernwaffen zu schließen.

Im Mittelpunkt vieler internationaler Foren steht die Notwendigkeit, das Wettrüsten einzudämmen und einzustellen. So handelt das Communiqué der XI. Dartmouth-Konferenz, an der sich Politiker, Wissenschaftler, Vertreter der Geschäftskreise und der Öffentlichkeit der UdSSR und der USA beteiligten, von der Gefahr des nicht abreibenden Wettrüstens und ruft zum baldigsten Abschluß eines Abkommens über die Begrenzung strategischer Rüstungen auf.

Die Weltöffentlichkeit verurteilt entschieden die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen. Ihre Stimme klingt immer fester. Auf sie nicht zu hören, bedeutet, den Sinn für das Reale in der Politik zu verlieren. Die wichtigste Realität in den heutigen internationalen Beziehungen ist die Entspannung im Interesse aller Völker und Länder. Heute ist es besonders klar, daß sich alle, die an die friedliche Zukunft der Menschheit denken, mehr anstrengen müssen, um die Entspannung zu vertiefen.

WOCHENSCHAU

Am 19. Juli traf Leonid Breschnew auf der Krim mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, zusammen, der sich zur Erholung in der Sowjetunion aufhielt. In dem Gespräch wurde ein weiter Kreis von Problemen angeschnitten, an deren Lösung die KPdSU und die SED arbeiteten. Leonid Breschnew und Erich Honecker vereinbarten u. a. ein Programm der Spezialisierung und Kooperation der UdSSR und der DDR für die Zeit von 1980 bis 1990 auszuarbeiten. Bei dem Meinungsaustausch zu aktuellen internationalen Fragen galt der Entwicklung der Lage in Europa die besondere Aufmerksamkeit, wobei die Notwendigkeit energischer Bemühungen für eine weitere Verbesserung des politischen Klimas auf dem Kontinent betont wurde.

Am 22. Juli fand eine Begegnung zwischen Leonid Breschnew und dem Generalsekretär des ZK der KPTsch, dem Präsidenten der ČSSR, Gustáv Husák, statt, der seinen Urlaub auf der Krim verbringt. In dem Gespräch betonten Leonid Breschnew und Gustáv Husák u. a., daß der Kampf für den Frieden, für die Beseitigung der bestehenden Konflikte, der Überreste des kalten Krieges und gegen Einmischungsversuche in die inneren Angelegenheiten eine Verstärkung der Anstrengungen aller verlangt, die auf realistischen Positionen stehen und sich um die friedliche Zukunft der Menschheit Sorgen machen.

Am 22. Juli richteten Leonid Breschnew und Alexej Kosygin anlässlich des 33. Jahrestages der Wiedergeburt Polens an den Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, den Vorsitzenden des Staatsrates der VR Polen, Henryk Jabłoński, und den Vorsitzenden des Ministerrates der VR Polen, Piotr Jaroszewicz, eine Grußadresse, in der sie sehr befriedigt die erfolgreiche Entwicklung der sowjetisch-polnischen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Verbindungen konstatierten.

Am 26. Juli beging die Republik Kuba ihren revolutionären Feiertag — den 24. Jahrestag des Beginns des nationalen Aufstandes. Leonid Breschnew und Alexej Kosygin richteten an den Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas,

den Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba, Fidel Castro Ruz, eine Gratulation, in der sie insbesondere hervorhoben, daß die Bruderbande zwischen beiden Ländern tiefen vielschichtigen Charakter erlangt haben und ein Beispiel für wahrhaft internationalistische Beziehungen sind.

Am 23. Juli wurde das Glückwunschtelegramm veröffentlicht, das Leonid Breschnew und Alexej Kosygin an den Generalsekretär der Regionalführung der Baath-Partei des Irak, den Präsidenten des Irak, Ahmed Hassan al-Bakr, anlässlich des Nationalfeiertages gerichtet haben. Im Telegramm wird der Oberzeugung Ausdruck verliehen, daß sich die durch den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit gefestigten Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Irak auch in Zukunft im Interesse der Völker beider Länder, des Friedens und der allgemeinen Sicherheit erweitern und vertiefen werden.

Am 19. Juli befaßte sich der Ministerrat der UdSSR mit der Erfüllung des Staatsplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR und des Staatshaushaltes der UdSSR im ersten Halbjahr 1977. Der Plan des ersten Halbjahrs für die Industrieproduktion, bei Vieh, Geflügel, Milch, Eiern und einigen anderen Erzeugnissen wurde übererfüllt. Am 22. Juli wurde eine Mitteilung der Zentralverwaltung für Statistik der UdSSR veröffentlicht, die genaue Angaben über die Ergebnisse des ersten Halbjahrs 1977 enthält. Der Produktionszuwachs betrug gegenüber dem Vergleichszeitraum 1976 5,7% (nach dem Jahresplan 5,6%). Die Arbeitsproduktivität stieg um 4,2%.

Am 25. Juli trafen im ZK der KPdSU der Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Boris Ponomarjow, und der stellvertretende Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Anatoli Tschernjaew, mit dem Vorsitzenden der KP Luxemburgs, René Urbany, zusammen.

Am 19. Juli empfahl der UNO-Sicherheitsrat einstimmig der Vollversammlung, die Sozialistische Republik Vietnam in die UNO aufzunehmen. (Siehe S. 16.)

Am 19. Juli wurde in Vientiane ein Abkommen zwischen der UdSSR und der VDR Laos über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen sieht vor, daß die Sowjetunion der VDR Laos bei Prospektionsarbeiten, bei der Projektierung und dem Bau eines Ziegel- und Zementwerkes sowie bei der Errichtung einer Hochspannungsleitung vom Wasserkraftwerk Nam Nguen zur Stadt Vang Vieng hilft.

Am 21. Juli unterzeichneten in Moskau der stellvertretende Außenhandelsminister der UdSSR, Alexej Manshul, und der stellvertretende Außenhandelsminister der VR China, Tschen Tse, ein Regierungsabkommen über Warenausausch und Zahlungen für 1977.

Am 26. Juli wurde eine Erklärung des Sowjetischen Ausschusses für Afro-Asiatische Ländersolidarität zu den militärischen Aktionen Ägyptens gegen Libyen veröffentlicht. In der Erklärung heißt es, daß „die sowjetischen Menschen Ägypten aufrufen, unverzüglich die Kampfhandlungen an der ägyptisch-libyschen Grenze einzustellen“. (Siehe S. 9.)

Am 21. Juli wurde in Neu-Delhi Nealam Sanjiva Reddy offiziell zum neuen Präsidenten Indiens ernannt. Seine Kandidatur hatten die regierende Janata-Partei, der Nationalkongreß, die KP Indiens und andere Parteien gemeinsam vorgeschlagen. (Siehe S. 11.)

Am 21. Juli ging in Wien die 12. Verhandlungsrunde über eine gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu Ende. Bis zur zweiten Septemberhälfte tritt eine Arbeitspause ein.

Mit dem Beschuß, der Patriotischen Front von Simbabwe volle Unterstützung zu erweisen, ging am 25. Juli in Lusaka eine Begegnung zwischen dem Präsidenten Moçambiques Samora Machel, dem Präsidenten Angolas Agostinho Neto, dem Präsidenten Tanzanias Julius Nyerere, dem Präsidenten Sambias Kenneth Kaunda und dem Vizepräsidenten Botswanas Quett Masire zu Ende.



WASHINGTON. Vor dem Weißen Haus fand eine Protestdemonstration gegen die Absicht der US-Regierung statt, die Produktion von Neutronenbomben und Flügelraketen zu forcieren. Die Demonstranten aus New York, Philadelphia, Baltimore und anderen Städten des Landes verlangten eine Beendigung des Wettrüstens.

Foto TASS

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 31 JULI 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow, B. Pitschik
(Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa,
V. Tscherjawski (Stellv. Chefredakteur
für die fremdsprachigen Ausgaben),
D. Wolksi.

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Plostschadij Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Begründete Besorgnis	1
W. Sofinski — Zwei Jahre später	4
L. Grigorjew — Ein epochales Dokument	6
M. Markow — Eine Waffe kann nicht human sein	8
J. Tjunkow — Der ägyptisch-libysche Konflikt	9
Oscar Arévalo — Argentinien: Der Reaktion zum Trotz	10
Biographisches: Nealam Sanjiva Reddy	11
N. Paklin — Rumänien: Nach dem Beben	12
J. Gluchow — Syrien: Damaskus — Spiegel des Landes	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
P. S. Neporoshni — Energetik heute und morgen (Interview)	18
L. Besymenski — Entspannung im Selbstlauf!	22
N. Semjonow — Angola: Schwerer, aber richtiger Weg	24
S. Rostozki, A. Medwedkin — Zwei Wochen Film in Moskau	26
I. Melnikow — Tirol in Sonne und Nebel	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

„Arbeit, Disziplin, Wachsamkeit“ — unter dieser Devise steht in der VR Angola der Kampf für den Wiederaufbau und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und Kultur, für den Schutz der revolutionären Errungenschaften.

Titelbild: Fotokomposition über den Alltag der VR Angola (Fahnenträger der Volksbefreiungsstreitkräfte • Beim Unterricht • Im Zentrum der Landeshauptstadt Luanda • Mitglieder der Arbeiterkommission eines Werkes diskutieren den Arbeitsplan).

ZWEI JAHRE SPÄTER

Wsewolod SOFINSKI

Vor zwei Jahren ist in Helsinki in der Finlandia-Halle die gesamteuropäische Sicherheitskonferenz zu Ende gegangen. Die Staatsmänner aus 35 Ländern Europas und Nordamerikas setzten ihre Unterschriften unter die Schlüssekte. Zwei Jahre dauerte die Konferenz, 10 Jahre lang wurde sie vorbereitet. Doch die erreichten Ergebnisse — und jetzt steht das wohl schon außer Zweifel — waren die Anstrengungen wert und der Hauptaufgabe gerecht: zur Festigung des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker beizutragen.

Die erfolgreiche Durchführung der Konferenz ist ein großer politischer Sieg der Friedenskräfte gewesen. Die Schlüssekte ist, wie Leonid Breshnew sagte, ein reichhaltiger, vielseitiger Kodex des friedlichen Verkehrs und der Zusammenarbeit der Staaten. Sie stellt eine Sammlung der Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen im Geiste der friedlichen Koexistenz dar. In ihr wurden Perspektiven für die Zusammenarbeit in vielen Bereichen aufgezeigt — in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur und Information, bei der Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen; vertrauensfördernde Maßnahmen wurden festgelegt. Das ist eine breite, feste Grundlage für weitere Fortschritte bei der Festigung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Natürlich hängt eine Bewertung des in den zwei Jahren nach Helsinki Erreichten von so manchen Momenten ab: von der Haltung zu gewissen Erscheinungen, von dem angestrebten Ziel und vom Grad der Objektivität. Deshalb sind die Meinungen über die Verwirklichung der Schlüssekte geteilt. In einigen Äußerungen spürt man eine gewisse Ungeduld. In anderen werden die Realitäten der heutigen Weltlage nicht berücksichtigt. (abgesehen einmal von Äußerungen, die bewußt gehässig und verleumderisch sind und von einer Nostalgie nach dem kalten Krieg zeugen). Doch die beiden letzten Jahre haben gezeigt, daß die Vereinbarungen von Helsinki dem Frieden in Europa und auf anderen Kontinenten dienen. Sie haben zur weiteren Verbesserung des po-

litischen Klimas, zum Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung auf der einzigen möglichen Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz beigetragen. Sie haben den europäischen Völkern neue Gewißheit gegeben, daß die Zukunft des Kontinents friedlich sein wird.

„Ungeachtet dessen“, sagte der jugoslawische Außenminister Miloš Milić, „ob wir zufrieden sind, und wenn ja, dann in welchem Maß, damit, inwieweit die Ergebnisse der gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki in diesem recht kurzen zweijährigen Zeitraum verwirklicht wurden, und mit der Geschwindigkeit, wie das geschieht, so kann doch niemand von uns meiner Meinung nach abstreiten, daß diese Ergebnisse zu einem festen Bestandteil der europäischen und einer breiteren internationalen Realität geworden sind.“

In den zwei Jahren ist so manches geschehen. Diese Behauptung könnte man mit einer Aufzählung der Schritte zur Realisierung der Bestimmungen der KSZE-Schlüssekte untermauern. Von besonderer Bedeutung waren die Maßnahmen zur Propagierung und Übernahme der zehn Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen, die in Helsinki abgestimmt wurden und das Kernstück der Schlüssekte sind. Regelmäßig und rechtzeitig werden Informationen über bevorstehende Militärmanöver ausgetauscht und ausländische Beobachter hierzu eingeladen. Viel ist auch bei der Erweiterung der verschiedenen Formen der Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Industrie und bei der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit geschehen. Neue Abkommen wurden geschlossen, die erfolgreich verwirklicht werden. So z. B. der Handel der UdSSR mit dem Ausland und die Tätigkeit der Regierungskommissionen für wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Langzeitprogramme für eine solche Zusammenarbeit und Großprojekte.

Der Kulturaustausch zwischen den europäischen Ländern wird intensiver. Die Sowjetunion hat hierbei die westlichen Länder weit hinter sich gelassen — beim Erlernen von Fremdsprachen, bei der Heraus-

gabe ausländischer Literatur, in der Zahl der ausländischen Filme und Fernsehprogramme, die in der Sowjetunion gezeigt werden, und beim Import ausländischer Bücher. Wichtige Maßnahmen wurden realisiert, um die Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten zu verbessern.

Leonid Breshnew wertete in seiner Rede auf dem XVI. Kongreß der Sowjetgewerkschaften die Zeit nach der Annahme der Schlüssekte so: „In dieser Zeit ist der Frieden in Europa fester geworden, und die wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Verbindungen und Kontakte zwischen den Ländern sind merklich breiter und reicher geworden.“ Diese Einschätzung wird in den anderen sozialistischen Ländern geteilt, eine Reihe positiver Momente bei der Verwirklichung der Bestimmungen der Schlüssekte wurde wiederholt auch von führenden westlichen Politikern hervorgehoben.

All das ist natürlich nur der Anfang, sind die ersten Schritte. Doch sie sind nicht selten die schwersten. Deshalb wäre es unrichtig, ihre Tragweite zu unterschätzen. Zudem sind zwei Jahre ein zu kurzer Zeitraum für ein solches Programm wie die Schlüssekte, die langfristig angelegt ist. Noch viele Anstrengungen und natürlich Zeit sind für ihre volle Verwirklichung nötig.

Bei einer Einschätzung des Erreichten muß auch ein weiterer Umstand berücksichtigt werden: Diese ersten Schritte wurden nicht immer unter günstigen Bedingungen getan. Niemand wird die Bedeutung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen für das Weltklima leugnen. Doch gerade in diesem Zeitraum ist, wie Leonid Breshnew sagte, ein gewisser Stillstand in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verzeichnen. Die amerikanische Seite erklärte das anfangs mit dem Wahlkampf, doch auch nach den Wahlen zeigte sie sich nicht interessiert, diesen Stillstand zu überwinden. Überdies begannen zu dieser Zeit gewisse Kreise im Westen eine Verleumdungskampagne wegen einer „zunehmenden militärischen Bedrohung“ seitens der UdSSR. Es gab auch direkte Versuche offizieller amerikanischer Instanzen, sich in die inneren Angelegenheiten unseres Landes einzumischen. Das Ziel derartiger Versuche liegt auf der Hand: Vergiftung der internationalen Atmosphäre und Wiederbelebung mancher Erscheinungen des kalten Krieges, um eine Fortsetzung des Wettrüstens und eine Steigerung der Rüstungsausgaben zu rechtfertigen.

Ein Paradebeispiel hierfür ist der letzte Bericht des US-Präsidenten über die Erfüllung der Schlüssekte, den er im Juni dem sogenannten

Überprüfungsausschuß des Kongresses vorlegte. Dieser Ausschuß wurde, wie seine Tätigkeit gezeigt hat, faktisch gebildet, um der Entspannung entgegenzuwirken. Die Verfasser dieses Berichtes gingen fast nicht auf die Erfüllung der Vereinbarungen von Helsinki durch die USA selbst ein. Doch hierzu ließe sich vieles sagen. Man könnte an die diskriminierende Handelsgesetzgebung der USA erinnern, u. a. gegenüber der Sowjetunion und einer Reihe anderer europäischer Staaten. Sie widerspricht direkt der Schlußakte; ferner die Visaverweigerungen für sowjetische Gewerkschaftsdelegationen; die Menschenrechtsverletzungen in den USA; Millionen Arbeitslose, die immens hohen Gebühren für medizinische Leistungen und im Bildungswesen, die Diskriminierung der nationalen Minderheiten, die vielen Millionen Karteikarten über Amerikaner, deren politische Loyalität überprüft wurde, u. a.

Doch über all das schweigt sich der Bericht aus. Seine Verfasser wollen über die Lage in anderen Ländern besorgt sein, die alle Prinzipien der Schlußakte strikt beachten. Sie zeigen sich offensichtlich nicht abgeneigt, das Forum von Helsinki als Konferenz darzustellen, nach der jeder weiß, was der andere zu tun hat. Hierbei vergessen sie anscheinend, daß all das nur in Frieden und Sicherheit realisierbar ist, und dafür muß die internationale Entspannung vorangetrieben werden. Eine Bedingung hierfür ist die strikte Beachtung der zehn Prinzipien zwischenstaatlicher Beziehungen aus der Schlußakte, u. a. der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Der Bericht zeigt, daß er von Entspannungsgegnern verfaßt wurde. Doch wie die Erfüllung der Schlußakte eine Voraussetzung für die weitere internationale Entspannung ist, so beeinflußt auch der Entspannungsprozeß unmittelbar die Realisierung der Bestimmungen der KSZE-Schlußakte und beschleunigt oder bremst ihre Verwirklichung. „Hier hängt vieles von dem Gesamtzustand der politischen Beziehungen zwischen den Staaten ab, sozusagen vom Niveau der Entspannung“, betonte Leonid Breschnew. Ihre Gegner, die das Weltklima vergiften, erschweren nur die Erfüllung der Schlußakte. Man kann nicht für eine konsequente Verwirklichung der Schlußakte sein und zugleich nicht für die Entspannung, für die Abrüstung eintreten.

Bei der Verwirklichung der Vereinbarungen von Helsinki könnte man schneller vorankommen, wenn die Entspannungsgegner nicht Hindernisse errichten und die Entspannung attackieren, nicht den Geist von Helsinki entstellen wür-

den. Man kann dem französischen Außenminister Louis de Guiringaud beipflchten, der erklärte: „Die Schlußakte von Helsinki wurde im Westen bei ihrer Unterzeichnung mit einer gewissen Skepsis aufgenommen. Jetzt können wir ihre positiven Ergebnisse leichter einschätzen, obgleich sie sich langsam einstellen. Die Verwirklichung dieses Instrumentariums für Zusammenarbeit, Entspannung und Freiheit erfordert langwierige und harte Arbeit.“ Die Sowjetunion betrachtet die volle Verwirklichung der Vereinbarungen von Helsinki als Hauptrichtung der europäischen Politik.

Der zweite Jahrestag der Unterzeichnung der Schlußakte fiel mit dem Vorbereitungstreffen der Bel-

Auffassung der sozialistischen Länder ermöglichen, Meinungen über die positiven Erfahrungen bei der Lösung der in der Schlußakte festgelegten Aufgaben auszutauschen und auf multilateraler Grundlage den Meinungsaustausch über weitere Anstrengungen zur Festigung der Sicherheit und zur Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa, zum Entspannungsprozeß fortzuführen. Die Sowjetunion tritt dafür ein, daß diese Konferenz zukunftsorientiert ist, daß sie im Zeichen der Sorge um den Frieden, um Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent



Das Vorbereitungstreffen in der Belgradser Sava-Kongreßhalle
Telefoto UPI-TASS

grader Nachfolgekonferenz zusammen. Gegenwärtig werden dort, wie in der Schlußakte vorgesehen, Datum, Dauer, Tagesordnung und die anderen Bedingungen des Herbst-Treffens von Vertretern der Außenminister abgestimmt.

Die Nachfolgekonferenz wird das erste Forum der KSZE-Teilnehmerländer nach Helsinki. Seine Einberufung geschieht in Erfüllung einer Bestimmung der Schlußakte. Dort wird auch ihr Rahmen abgesteckt, u. a. der Inhalt ihrer Arbeit: einen vertieften Meinungsaustausch vorzunehmen, „sowohl über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und die Ausführung der von der Konferenz definierten Aufgaben als auch, im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, über die Vertiefung ihrer gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung des Entspannungsprozesses in der Zukunft“. Die Konferenz wird es nach

verlaufen. Sie soll zur Verbesserung der Verständigung und zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten und Völkern beitragen. Wir treten dafür ein, daß sie sachbezogenen, konstruktiven Charakter hat, damit die positiven Erfahrungen bei der Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki nicht nur analysiert und summiert, sondern auch konkrete Vorschläge und Empfehlungen zur weiteren Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit vereinbart werden können.

Nach den Meldungen aus Belgrad verläuft das Vorbereitungstreffen in einer sachbezogenen, ruhigen Atmosphäre, obgleich die organisatorischen und Prozedurfragen bisweilen sehr hart diskutiert werden. Nichtdestoweniger versuchen gewisse Blätter im Westen von Zeit zu Zeit die Atmosphäre um das Treffen zu komplizieren und aller-

lei Propagandaspektakel zu machen. In Umlauf gebracht werden unsinnige Behauptungen, die sozialistischen Länder würden eine „harte“ Position einnehmen, die einen Fortschritt unmöglich mache. Manche verstiegen sich zu der Behauptung, die Sowjetunion wolle die Konferenz platzen lassen. Denjenigen, die derartige Behauptungen verbreiten, fehlt es an Logik, und ihr Gedächtnis ist offensichtlich schwach. Bekanntlich sind gerade die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder als KSZE-Initiatoren aufgetreten. Belgrad ist eine Station, vielleicht eine Zwischenstation, auf dem Weg, der in Helsinki begonnen wurde. Deshalb nehmen wir verständnisvoll die Erklärung des kanadischen Premierministers Pierre Trudeau auf, daß „nach Helsinki ein Fortschritt erzielt wurde und er weiterentwickelt werden muß.“

Natürlich gibt es Schwierigkeiten. Und das ist begreiflich, wenn man berücksichtigt, daß Vertreter von 35 Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die verschiedenen politischen Gruppierungen angehören, teilnehmen. „Einen Monat nach dem Beginn des Belgrader Vorbereitungstreffens der KSZE-Staaten“, meldete AFP, „ist die Atmosphäre weiterhin optimistisch, obgleich die Probleme bestehenbleiben“. Auch die Erklärungen einiger Offizieller in Washington tragen nicht zur Schaffung einer günstigen Atmosphäre um das Treffen bei. Während der Tagungen wurde in der amerikanischen Hauptstadt bekanntgegeben, daß die Produktion der Flügelraketen, der Neutronenbombe und anderer neuer Massenvernichtungswaffen forciert werden soll.

Das Belgrader Treffen soll die Entspannung voranbringen. Viel ist getan worden, doch eine große Arbeit steht noch bevor. Um in Europa einen wirklich dauerhaften Frieden zu erreichen und die Entspannung unumkehrbar zu machen, müssen noch viele Anstrengungen unternommen werden. Man muß für die volle Verwirklichung aller Bestimmungen der Schlusakte kämpfen. Und dazu wird die Belgrader Konferenz im Herbst hoffentlich ihren Beitrag leisten.

EIN EPOCHALES DOKUMENT

Unsere Freunde über den Entwurf für die neue Verfassung der UdSSR

Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit bringt dem in unserem Land beim ganzen Volk zur Diskussion gestellten Verfassungsentwurf größtes Interesse entgegen. Unsere Freunde sehen in ihm ein epochales Dokument, das Bedeutung für die ganze Welt hat.

So schreibt Rudé Právo (ČSSR): „Die neue sowjetische Verfassung wird der fortschrittlichen Menschheit ein Leitfaden der Entwicklung des Sowjetstaates sein, ein Lehrbuch über die Prinzipien der sozialistischen Demokratie und Gesellschaft, Prinzipien, die die Menschenrechte nicht nur verkünden, sondern auch die realen Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Rechte von den breitesten werktätigen Schichten tagtäglich ausgeübt werden können.“ Das Grundgesetz der UdSSR sei „ein unschätzbares praktisches Vorbild, ein Ansporn und eine Quelle der Eingebung für die Erbauer des Sozialismus in unserer Gemeinschaft“, äußert Rabotnitschesko delo (Bulgarien).

„Der sowjetische Verfassungsentwurf ist eine Urkunde von großer politischer und rechtlicher Bedeutung. In ihm sind die Errungenschaften aus der Großen Sozialistischen Oktoberevolution und die imposanten Leistungen des Sowjetvolks aus den letzten vier Jahrzehnten verbrieft... Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit hat das epochemachende Dokument begeistert aufgenommen“, erklärte Jesús Fariá, der Generalsekretär der KP Venezuelas.

Lebhafte Widerhall hat der Ausspruch Leonid Breshnews auf dem ZK-Plenum der KPdSU vom Mai d. J. gefunden, daß der Verfassungsentwurf die großartigen wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Errungenschaften des Sowjetvolks direkt widerspiegelt und erhärtet.

In der UdSSR ist die entwickelte, reife sozialistische Gesellschaft aufgebaut, und jetzt erfüllt das sowjetische Volk, geführt von der Partei

und gestützt auf das Erreichte, neue Aufgaben: Es schafft die materiell-technische Basis des Kommunismus, bildet die sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen allmählich in kommunistische um und erzieht die Menschen zu kommunistischem Bewußtsein. Diário (Portugal) schreibt: „Weil der Trennungsstrich zwischen den verschiedenen sozialen Schichten allmählich immer mehr verwischt wird und weil sich die Nationen und Völkerschaften der UdSSR immer nähernkommen, so daß eine neue geschichtliche Gemeinschaft — das Sowjetvolk — entstanden ist, kann der Umstand, daß die UdSSR ein sozialistischer Staat des ganzen Volkes ist, der den Willen und die Interessen der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Volksintelligenz vertritt, verfassungsmäßig erhärtet werden.“

In den zahlreichen Äußerungen unserer Freunde ist ausführlich von den Erfolgen der Sowjetunion in ihrer sozialen Entwicklung die Rede. Man vergleicht die stabilen, für die Zukunft gesicherten Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der UdSSR mit der unaufhaltsam schlechter werdenden Lage der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, wo wirtschaftliche Mißstände, Inflation und Arbeitslosigkeit schwer auf dem Volk lasten.

Gus Hall, Generalsekretär der KP der USA, nennt die neue sowjetische Verfassung eine stichhaltige Widerlegung des Geredes westlicher, auch amerikanischer Kreise von Menschenrechten im Kapitalismus, Kreise, die sich als Schützer der Demokratie aufspielen, obwohl sie nicht die geringste Veranlassung dazu haben. Im Kapitalismus, einem System, in dem das Recht, durch Ausbeutung anderer Gewinn einzuhämsen, über alles gehe, seien die Rechte des Menschen und die Rechte der Konzerne nicht miteinander zu vereinbaren.

Daily World, die Zeitung der amerikanischen Kommunisten, schreibt,

in der UdSSR sei eine entwickelte sozialistische Gesellschaft als Basis für den Aufbau des Kommunismus und für eine weitere allseitige Vervollkommnung der Demokratie geschaffen. Und weiter: „Die sozialistische Demokratie hat sich prächtig entwickelt. Im Grunde genommen ist jeder Erwachsene in der UdSSR in irgendeiner Form an der Bestimmung über die staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten beteiligt. Die Sowjets haben über 2 Millionen Deputierte, die Gewerkschaften 113 Millionen Mitglieder, und auch die anderen Organisationen sind zahlenmäßig stark.“

Die *Humanité Dimanche*, ein Blatt der französischen Kommunisten, schreibt: „In der UdSSR besteht ein starker, einheitlicher Wirtschaftsmechanismus. Dort verwischen sich immer mehr die Unterschiede zwischen den Werktägern von Stadt und Land, zwischen den körperlich und den geistig Arbeitenden, zwischen den Nationen und Nationalitäten... Eine Gemeinschaft aller hat sich für das Endziel — den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft — gebildet.“

Und hier, was *Unsere Zeit*, die Zeitung der DKP, schreibt: „Der Stahlarbeiter von Woronesch und der Student der Lomonossow-Universität kennen nicht die ... Kluft zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Das Grundrecht auf Bildung — das heißt konkret und in der Wirklichkeit Oberschulbildung für alle Kinder und gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen.“

Der *Morning Star* (KP Großbritanniens) geht auf die für unser Land so charakteristische Sorge für die Jugend ein, die auch in Artikeln des neuen Verfassungsentwurfs zum Ausdruck kommt, und fährt fort: „Welchen Lebensweg ein junger Mensch in der UdSSR auch wählt, er kann sicher sein, daß er Gelegenheit haben wird, zur Förderung der Gesellschaft beizutragen, in der die Werktägten selbst die Früchte der Arbeit aller in der einen oder anderen Form genießen und niemand sich durch die Ausbeutung anderer bereichert.“

Viele fortschrittliche Staatsmänner und andere Politiker des Auslands stellen fest, daß der neue sowjetische Verfassungsentwurf einen vernichtenden Schlag gegen die antisowjetische Kampagne führt, die letzthin im Westen unter dem verlogenen Schlagwort von einer Verteidigung der Menschenrechte in

den sozialistischen Staaten betrieben wird. In einem Interview, das René Urbany, der Vorsitzende der KP Luxemburgs, einem TASS-Korrespondenten gab, sagte er u.a., da der Weltimperialismus außerstande sei, sich gegen den rapiden Fortschritt der sozialistischen Ländergemeinschaft zu behaupten und mit der eigenen Krise fertig zu werden, sei er zum ideologischen Generalangriff auf die sozialistischen Staaten, vor allem auf die UdSSR, übergegangen. Weiter sagte er: „Unserer Ansicht nach wird der neue sowjetische Verfassungsentwurf die Verlogenheit solcher Redereien noch mehr enthüllen. Der neue Entwurf für das Grundgesetz der UdSSR beweist, daß wirkliche Demokratie nur im Sozialismus möglich ist.“

Und so äußert sich *Al-Nida* (Libanon): „In keinem einzigen kapitalistischen Staat der Welt hat der Mensch solche Rechte wie im sozialistischen Land. Die neue sowjetische Verfassung zeichnet sich dadurch aus, daß sie die Demokratie weiterentwickelt und noch mehr Voraussetzungen für die Ausübung dieser Rechte bietet.“

Und so *Kansan Uutiset* (KP Finnlands): „Beim Lesen des Verfassungsentwurfs können sich die Werktägten der kapitalistischen Länder mit eigenen Augen davon überzeugen, wie umfangreich und mannigfaltig die Rechte und Freiheiten der Bürger in der sozialistischen Gesellschaft sind, besonders im Kontrast dazu, daß die Bürger der kapitalistischen Länder selbst ihre verfassungsmäßigen Rechte nicht ausüben können.“

Die österreichische *Volksstimme*: „Die Feinde des Sozialismus... fürchten, daß diese Verfassung eine lebendige Widerlegung der von ihnen in den letzten Monaten angefachten verlogenen und heuchlerischen Kampagne sein wird, die den Sozialismus als angeblich undemokatisch, als ein System der Unfreiheit darstellen möchte. Den fortschrittlichen Menschen in der ganzen Welt dagegen wird die Diskussion über diese Sowjetverfassung und die neue Verfassung selbst zusätzliche Argumente im Kampf für den gesellschaftlichen Fortschritt auch in ihren Ländern geben.“

Der marxistische Historiker Herbert Aptheker (USA) sagte folgendes: Den Bürgern der USA sei besonders wichtig, daß im Entwurf für die neue Verfassung der UdSSR jede nationale, rassische, religiöse und andere Diskriminierung verurteilt

und streng verboten wird. Beeindruckend sei auch, daß im Entwurf die konsequente Förderung des Friedens durch die UdSSR, ihr Kampf für internationale Sicherheit und Abrüstung ihren Niederschlag gefunden haben.

In vielen Äußerungen des Auslands wird auf die Bedeutung des neuen Kapitels im Verfassungsentwurf hingewiesen, in dem die außenpolitischen Ziele und Grundsätze der UdSSR festgelegt sind.

In einer Resolution über den Verfassungsentwurf, die das Politbüro des ZK der KP Finnlands annahm, heißt es: „Wertvoll für die Friedens- und Fortschrittskräfte ist, daß das erste sozialistische Land der Welt in seiner Verfassung als außenpolitische Ziele die Aufgaben verbrieft, die es seit seinem Entstehen erfüllt: Förderung des Friedens und der Sicherheit der Völker sowie eine umfassende internationale Zusammenarbeit.“

„Von besonderer Tragweite ist die Aufnahme eines außenpolitischen Kapitels in dieses Dokument“, erklärte der amerikanische Schriftsteller Albert Kahn. „Der neue Verfassungsentwurf legt den Akzent auf die Friedenspolitik der UdSSR und auf engere Freundschaft und Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Schließlich garantiert die Erhaltung des Friedens, nach der die UdSSR strebt, ja das höchste Menschenrecht: das Recht zu leben.“

Viele führende Persönlichkeiten aus den kommunistischen Parteien und anderen fortschrittlichen Organisationen verschiedener Länder sprechen die Ansicht aus, daß die neue Verfassung der UdSSR zum Erfahrungsschatz des internationalen Sozialismus beisteuert und ein beispielloses Vorbild für die in aller Welt im Freiheitskampf stehenden Werktägten sein wird. Der Entwurf der Verfassung garantiert restlos und demokratisch wie keine andere die Rechte und Freiheiten des arbeitenden Menschen, er widerspiegelt die neue Entwicklungsphase des Sowjetstaates, die wichtigsten Leistungen des Sowjetvolks und seine Aufgaben beim kommunistischen Aufbau. Das ist für die kommunistischen Parteien, ja für alle demokratischen Kräfte wieder ein starker Ansporn in ihrem schweren Kampf für die ureigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Menschen, für Frieden und sozialen Fortschritt.

L. GRIGORJEW

EINE WAFFE KANN NICHT HUMAN SEIN

Am 14. Juli bestätigte der US-Senat die Aufwendungen für die sogenannte Neutronenbombe. Bei der Debatte strichen die Anhänger dieses militaristischen Projekts pharäisch seinen „humanen“ Charakter heraus: Die Neutronenbombe solle durch erhöhte Neutronenstrahlung und nicht wie die üblichen Kernwaffen durch Spreng- und Hitzewirkung oder die radioaktiven Niederschläge, die noch lange Zeit gefährlich bleiben, töten. Die Neutronenstrahlung dagegen wirke nur kurz, man werde das betroffene Gebiet „mit absoluter Sicherheit“ schon einige Stunden nach der Explosion besetzen können.

Die Neutronensprengköpfe von Artilleriegeschossen und Lance-Raketen treffen ein Areal mit einem Radius bis zu 1 km. „Panzer, Schützenpanzerwagen und Truppenkonzentrationen... können außer Gefecht gesetzt werden, wenn man in der Luft eine genügende Anzahl von Neutronenbomben explodieren läßt. Menschen, die nur eine Meile von der Explosion entfernt sind, befinden sich in Sicherheit. Man braucht nach dem Alarmsignal nur in den Keller eines Hauses hinabzusteigen, um die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung beim Einsatz moderner Neutronenbomben zu vermindern“, beteuert der Kernphysiker Edward Teller, einer der Väter der H-Bombe. Und weiter: „Ein richtiger Plan zum Einsatz der Neutronenbombe würde die Eskalation bis zu einem globalen Kernkonflikt und den Krieg selbst weniger wahrscheinlich machen...“ Was ist das, wenn nicht ein Versuch, Vorbereitungen für einen Kernkrieg als Mittel zur Abwendung des Krieges darzustellen?

Die NZ-Kommentatorin Jelena Knorre ersuchte den bekannten sowjetischen Wissenschaftler, Akademiemitglied Moissej MARKOW, einen Experten auf dem Gebiet der Kernphysik und Vorsitzenden des Sowjetischen Pugwash-Komitees, sich zu diesen Problemen zu äußern.

Seit die Kernwaffen bestehen, besteht auch die Gefahr einer globalen Vernichtung des Lebens auf Erden. Paradoxalement flößt gerade das die Hoffnung ein, daß das Furchtbare dieser Waffe ihren Einsatz unmöglich macht. Heute haben wir es mit einer gefährlichen „Perfektionierung“ dieser Massenvernichtungswaffe und ihrer angeblichen „Pazifisierung“ zu tun.

Einerseits spricht man von größerer Treffsicherheit eines Atomgeschosses, das an einem beliebigen Punkt des Erdballs gestartet wird. Dieser Umstand verleitet einige Menschen zu der Behauptung, die Atomwaffe könne also eingesetzt werden, nur um militärische Objekte zu zerstören, ohne die zivilen zu beschädigen. Die unmenschlichste aller Waffen verwandelt sich somit gleichsam in die „humanste“. Und die Idee der Miniaturisierung der Kernwaffen trägt noch dazu bei, einen eventuellen Krieg zu verniedlichen.

Ein solcher „Pazifismus“ nimmt noch absurdere Formen an, wenn gewisse Leute die Entwicklung der

zu rechtfertigen versuchen. Sie sei „perfekt“, weil sie die Menschen und alles Lebendige ohne viel Lärm, ohne die für Gebäude und andere materielle Werte so gefährliche Detonationswelle vernichtet. Kurz, alles Tote bleibt intakt, alles Lebendige wird getötet. Und diesen Vandalismus will man noch rechtfertigen! Man sagt uns: Diese Bombe sei so „intelligent“, daß sie nur den bewaffneten Gegner töten, die friedliche Zivilbevölkerung aber verschonen werde. Die Qual und Pein der Opfer wird man also nicht zu hören bekommen.

Wie idyllisch! Aber wie war es doch im zweiten Weltkrieg, als unsere Städte gegen die vorstoßenden Hitlerhorden heldenhaft verteidigt wurden? Waren Armee und Zivilbevölkerung denn nicht eins in diesem selbstlosen Kampf? Käme also die Vernichtung der Armee durch Neutronenbombe nicht der Vernichtung der Zivilbevölkerung ganzer Städte gleich? Klar ist nur, daß die verderbliche Tendenz besteht, unter dem Vorwand einer „Verfriedlichung“ der Kernwaffen ihren Einsatz zu ermöglichen.

Als das Maschinengewehr erfunden wurde, glaubten manche Leute, Kriege seien unmöglich geworden, so sehr sei die Gefahr einer Massenvernichtung der Menschen gestiegen. Das hat die weiteren Kriege nicht verhindert. Als Nobel das Dynamit entwickelte, meinte er, die Brisanzkraft dieser neuen Waffe werde einen neuen Krieg unmöglich machen. Er irrte sich. Kriege brachen aus, obwohl der „Wirkungsgrad der Massenvernichtung“, wenn man so sagen kann, immer anstieg.

Die Pflicht der Wissenschaftler und aller Gutwilligen ist es, die Welt vor der neuen Gefahr eines selbstmörderischen Krieges zu warnen.

Die Geschichte lehrt, daß die Kriege des 19. und des 20. Jahrhunderts sukzessiv immer grausamer wurden.



„Ich bin eine Neutronenbombe. Ich bin viel sauberer, feiner und wirksamer als eine übliche Kernbombe. Ich kann die Einwohner einer ganzen Stadt ausradieren, ohne ihre Häuser zu beschädigen oder die Atmosphäre zu verschmutzen.“

„Wie human!“

Aus „Daily World“

neuesten Massenvernichtungswaffe, der sogenannten Neutronenbombe,

Die Zeiten sind vorbei, als noch gentlemanlike der Krieg erklärt wur-

de. Die Aggressoren haben schon mehr als einen heimtückischen Totalangriff auf dem Gewissen. Und Kernwaffen, darunter Neutronenbomben, können so rasch eingesetzt werden, daß man kaum noch Zeit für nüchterne Überlegungen und Diskussionen haben wird.

Die Perfektionierung der Kernwaffen und das Wettrüsten sind

schon längst sinnlos. Auf diesem Gebiet besteht, um einmal in physikalischen Vokabeln zu sprechen, eine militärische Thermodynamik: Die Unterschiede im Bewaffnungsgrad zwischen den großen sich gegenüberstehenden Kräften gleichen sich ebenso rasch aus wie die Temperaturen eines ungleichmäßig erwärmt Metallstücks.

Jede Perfektionierung der Massenvernichtungswaffen und das Wettrüsten können nur die „militärische Temperatur“ des Planeten und die Gefahr einer globalen Katastrophe steigern. In einer solchen Situation müssen die Völker der Welt ihre Zukunft durch eine mächtige Protestbewegung schützen.

DER ÄGYPTISCHE-LIBYSCHE KONFLIKT

An der Grenze zwischen Ägypten und Libyen kam es am 21. Juli zu einem bewaffneten Zusammenstoß. Laut Meldungen aus den Hauptstädten der beiden Staaten besetzten ägyptische Truppen den libyschen Grenzort Musaed an der längs der Mittelmeerküste verlaufenden einzigen Chaussee zwischen den beiden Ländern. Ein offizieller Vertreter Libyens hat mitgeteilt, daß unter der Zivilbevölkerung Opfer zu beklagen sind. Die ägyptische Luftwaffe hat die Ortschaft Bardia (an derselben Chaussee, nicht weit von Musaed) mit Bomben belegt.

Anderntags erklärte ein militärischer Repräsentant der ARA, die an den Grenzüberschreitungen beteiligt gewesenen ägyptischen Truppen seien aus Libyen abgezogen. Zugleich wurde bekannt, daß die ägyptische Luftwaffe den libyschen Luftwaffenstützpunkt „Gamal Abdel Nasser“ in El Adem im Landesnorden 30 km von Tobruk (Hafen westlich von Bardia) entfernt angegriffen haben. Wie aus Tripolis verlautbart wird, hat die ägyptische Luftwaffe Tobruk, Kufra (im Süden Libyens, in der Wüste, ungefähr auf demselben Breitengrad wie Assuan), Bardia und Jaghbub (Zentrum der gleichnamigen Oase an der Grenze zu Ägypten, 200 km südlich von Musaed) angegriffen. Weitere Angriffe erfolgten am 24. Juli, wovon beide Seiten Mitteilung machten. Der Artilleriebeschluß an der Grenze dauerte an.

Am 23. Juli richtete al-Treiky, Sekretär des Obersten Volkskon-

gresses Libyens für auswärtige Angelegenheiten, dringende Schreiben an die Arabische Liga, die OAU und die UNO, in denen er Ägypten einer Aggression gegen Libyen anklagte.

Vermittelnde Schritte wurden unternommen, um eine Feuerstellung und Normalisierung der Lage zu erwirken. Am 22. Juli berief Mahmoud Riad, der Generalsekretär der Arabischen Liga, in deren Hauptquartier eine Sonderberatung ein.

In Kairo und Tripolis traf zwecks Vermittlung Yasser Arafat, der Vorsitzende des PLO-Exekutivkomitees, ein. Am 23. Juli forderte Präsident Boumédiène (Algerien) die Staatschefs Ägyptens und Libyens auf, eine Einstellung des bewaffneten Konflikts zu erwirken, und betonte, daß solche Konflikte die arabische Einheit gefährden und die Fähigkeit beeinträchtigen, dem „wirklichen Feind Widerstand zu leisten“. Dann verhandelte Boumédiène in Tripolis und Alexandria mit den beiden Staatschefs und mit Arafat.

Sehr besorgt über den Konflikt äußerten sich die Regierungen Jordaniens, des demokratischen Jemen, Kuweits und einiger anderer arabischer Länder.

In Kommentaren zu den Grenzvorfällen spricht die arabische und die WeltPresse verschiedene Ansichten über die Ursachen aus. El Moudjahid (Algerien) schreibt beispielsweise, der fragile Konflikt sei, ebenso wie einige andere Geschehnisse der letzten Zeit in Afrika, vom Imperialismus verursacht. Und wei-

ter: „Mit dieser Politik sollen vor allem permanente Spannungsherde in der arabischen Welt angefacht werden, wo man die Volksmassen von ihrer Hauptaufgabe ablenken will: vom Kampf für politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.“ Der Korrespondent der New York Times in Kairo meint, auch Saudi-Arabien habe seine Hand im Spiel. Les Echos (Frankreich) bringen die Vorgänge mit der unbereinigten Nahostkrise in Zusammenhang.

In einer Erklärung des Sowjetischen Ausschusses für Afro-asiatische Ländersolidarität heißt es: „Die Kampfhandlungen sind entbrannt, während arabische Gebiete noch immer von Israel besetzt sind, während dessen herrschende Kreise ihre Eroberungspläne ausposaunen, während das Komplott gegen die palästinensische Widerstandsbe wegung andauert und der Imperialismus eine Heilige Allianz gegen die fortschrittlichen Regimes in Afrika und der arabischen Welt bildet. Kein Zufall ist es auch, daß sich der Konflikt gegen Libyen richtet, das eine unabhängige Politik betreibt, aktiv zum anti imperialistischen Kampf der arabischen Völker beiträgt und schon lange Überfällen des Imperialismus ausgesetzt ist. Die Anstifter dieses Konflikts laden eine schwere Verantwortung vor den arabischen Völkern und vor der ganzen friedliebenden Öffentlichkeit auf sich.“

Am 24. Juli abends erklärte Präsident Sadat nach einer Zusammenkunft mit Boumédiène, er habe den ägyptischen Truppen Befehl erteilt, die Kampfhandlungen einzustellen.

J. TJUNKOW

DER REAKTION ZUM TROTZ

Oscar AREVALO, der dem Exekutivkomitee des ZK der KP Argentiniens angehört, gab Auslandsjournalisten ein Interview über die Lage im Land. Unter ihnen Isidoro Hilbert, Korrespondent der TASS in Buenos Aires, der uns die folgende Kurzfassung durchgegeben hat.

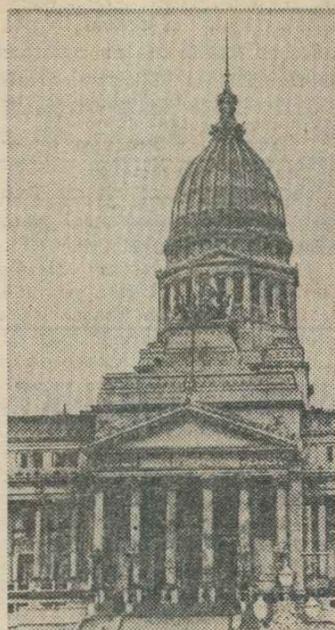
Die letzten Monate waren reich an Ereignissen: Reden Präsident Jorge Rafael Videla, Finanzskandalen, Verschlechterungen der Lebenslage der Arbeitnehmer. Ihr Urteil über diese Zeitspanne?

Sie war nicht bloß bewegt, sondern politisch äußerst turbulent, und das in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die Streitkräfte und die Regierung selbst natürlich nicht ausgenommen. Das brachte uns manchmal an den Rand einer Katastrophe, aber allmählich — und nicht ohne Schwierigkeiten — kam man zu einer positiven, d. h. demokratischen Regelung.

Vor allem wurde eine energische Propagandakampagne eingeleitet. Sie fand im Ausland Widerhall und zielte eindeutig darauf ab, den günstigen Eindruck von den Aussprüchen Videlas zunichte zu machen, die von seinem Streben nach einem politischen Dialog zeugen. Bekanntlich schlug er ihn am 31. März in einer Rede vor. In ihr versprach er erneut, die Bürgerfreiheiten zu respektieren und die ernsten Wirtschaftsprobleme zu lösen, die hauptsächlich auf dem Volk lasten.

Danach schnellten die Preise für einige Massenbedarfsartikel in die Höhe. Der Terror nahm merklich zu, die Terroristen waren aber auch vorher nicht untätig gewesen. In dieser Zeit kam es zu Entführungen und Verhaftungen sowie zu aufsehenerregenden Attentaten.

Die reaktionärsten Elemente setzen alles daran, im Land eine labile Lage zu schaffen, jeden Fortschritt zu stoppen und günstige Voraussetzungen für einen faschistischen Umsturz herbeizuführen. In ihren Publikationen priesen sie in den



Der Sitz des Nationalkongresses in Buenos Aires

Foto Prensa Latina—TASS

höchsten Tönen die für ihre faschistischen Anschauungen bekannten hohen Militärs, solche wie General Adel Vilas. Man bekam den Eindruck, daß nicht nur Videlas Vorschläge fehlschlügen, sondern daß es zu einer faschistischen Abrechnung komme. Ein Jahr, nachdem die Militärs eine neue Regierung gebildet hatten, suchten die reaktionärsten Gruppen, sämtliche Hebel der Macht in die Hand zu bekommen und nach Pinochets Manier über das Land zu herrschen.

Finden Sie, daß die reaktionärsten Schichten unter den schwierigen Verhältnissen große Vorteile erlangt haben?

Ich finde, die Leute, denen ein Staatsstreich vorschwebte, hatten die Situation falsch beurteilt und die eigenen Kräfte überschätzt. In Argentinien hatte sich die demokratische Gesinnung stärker durchgesetzt, war eine gewisse antifaschistische Einmütigkeit erzielt worden und wurden Stimmen zugunsten eines offenen, erspielbaren Dialogs laut. So erschien Anfang Mai ein Schreiben katholischer Bischöfe. Darin äußern sie tiefe Besorgnis über die Lage, sowohl im Hinblick

auf die Lebensverhältnisse des Volkes als auch auf die Bürgerfreiheiten. Das Schriftstück machte nachhaltigen Eindruck und fand bei Präsident Videla hohe Anerkennung.

Anderseits hatten sich auch die Positionen derer mehr geklärt und gefestigt, die für eine sogenannte demokratische Normalisierung der Gewerkschaften und für höhere Löhne, Freilassung der festgenommenen Arbeiter und Aufhebung der Diskrimination kämpfen.

Die politischen Organisationen werden immer aktiver. Sie begrüßen vielfach die Pläne des Präsidenten und machen eigene Vorschläge. Das geht z. B. aus den Beschlüssen bestimmter Schichten der Christdemokraten hervor, aus Schritten zur Reorganisation der peronistischen Bewegung und aus einer Analyse, die die Spitzen der Radikalen Partei angestellt haben — sie haben sich für die Einheit der demokratischen Kräfte auf breiter Basis ausgesprochen, damit dem Faschismus der Weg versperrt wird. Diese Ideen haben die Kommunisten in einer wichtigen Erklärung niedergelegt, die am 9. April verbreitet wurde. Die Ständige Assemblee für Menschenrechte (eine Organisation, der Leute verschiedener politischer und religiöser Anschauungen und sozialer Stellung angehören) nimmt ihrerseits energetischer die vielen Hunderte in Schutz, die verschollen oder ohne Gerichtsurteil eingesperrt sind. Das hat sich sehr günstig auf die Justiz ausgewirkt. Soweit bekannt ist, haben Gerichte u. a. fünf Entscheide zugunsten der demokratischen Rechte getroffen.

Immer entschiedener werden faschistische Handlungen und Äußerungen abgelehnt; die Entlassung einiger reaktionärer Militärs ist bestätigt worden; mehrere politische Häftlinge sind freigelassen; Unterrichtsminister Pedro Bruera, der einen zweifelhaften Ruf hatte, ist zurückgetreten, und der Staatssekretär für Handel, der ebenfalls mit reaktionären Kreisen liiert ist, wurde aus dem Kabinett ausgeschlossen. In Aussicht genommen ist ein Dialog auf Provinz- und Gemeindeebene sowie einer über die Tätigkeit des Planungsministeriums.

Darf man aus Ihren Worten schließen, daß das Schlimmste vorbei ist?

Das soll nicht heißen, daß die reaktionären Kräfte vernichtend ge-

schlagen seien. Sie können noch Komplikationen verursachen, wenn sie zum politischen Terror greifen und die wirtschaftlichen und sozialen Probleme erschweren. Mitte Mai wurden z. B. kommunistische Führer und aktive Parteimitglieder in verschiedenen Landesgebieten überfallen. Im Juni hat Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz mit internationalen Finanzkörperschaften verhandelt, in denen Monopole das Heft in der Hand haben. Sie können etwas unternehmen, was nicht wiedergutzumachen wäre, um den Dialog zu verhindern oder zu sprengen. Die äußerste Reaktion kann aus Verzweiflung neue Provokationen verüben. Seit Mitte Juni scheint sich der soziale und politische Horizont in Argentinien aber aufzuklären. Die demokratischen Kräfte und Strömungen unter der Zivilbevölkerung und beim Militär konkretisieren ihren Standpunkt. Die Erkenntnis setzt sich durch, daß eine

große Aktionseinheit notwendig ist. Das konstatierte auch General Viñuela am 29. Mai und erinnerte an die demokratischen Traditionen der Armee, die im Unabhängigkeitskampf entstanden und erstarkten.

**Ihre kurze Prognose für die
nächste Zeit bitte.**

Das größte Dilemma Argentiniens lautet nach wie vor: Erneuerung der Demokratie oder Pinochetismus. Die Fortschrittskräfte der Zivilbevölkerung und des Militärs bemühen sich um eine günstige Entscheidung. Obwohl die reaktionäre Propaganda und die faschistischen Ausschreitungen zugonenommen hatten, waren der April und der Mai die Zeit, in der seit dem Machtantritt der Militärregierung die demokratischen Stimmungen überall besonders stark zum Ausdruck kamen. Sicher werden sich die Einstellungen auf klarer fortschrittlicher Basis bald konkretisieren. Das ist es, wofür die argentinischen Kommunisten kämpfen.

NZ STREIFLICHTER

SRI LANKA

Bei den Wahlen vom 21. Juli zur Nationalen Staatsversammlung siegte die Vereinigte Nationalpartei (UNP). Sie errang 139 Mandate von 168. An zweiter Stelle liegt mit 17 Sitzen die Tamilische vereinigte Befreiungsfront. Die Sri Lanka Freiheitspartei (SLFP), die vor den Wahlen die Regierung bildete, brachte 8 ihrer Kandidaten durch, u. a. den ehemaligen Premierminister, Frau Sirimavo Bandaranaike.

Am 23. Juli vereidigte der Präsident den neuen Premierminister — den 70jährigen UNP-Führer J. R. Jayawardene. Die neue Regierung ist gebildet. Der Premierminister bekleidet zudem drei weitere Ministerämter — für Verteidigung, Planung und Wirtschaft sowie für Planerfüllung. Zum Außenminister wurde ein UNP-Führer ernannt: S. H. mid.

Beobachter schreiben in Kommentaren zu den Ursachen für die SLFP-Niederlage, daß sie nicht imstande gewesen sei, mit den wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, vor allem mit dem Mangel an vielen Massenbedarfartikeln. Sie verweisen darauf, daß in den letzten Jahren die Lebenshaltungskosten und die Arbeitslosigkeit merklich zugenommen haben. Von den 13,5 Millionen Einwohnern sind 1,5 Millionen erwerbslos.

CHINA

In Peking wurde bekanntgegeben, daß ein Plenum des ZK der KPCh stattgefunden hat. Das Plenum bestätigte Hua Kuo-feng als Vorsitzenden des ZK der KPCh und des Militärrates des ZK der KPCh. Es wurde beschlossen, Teng Hsiao-ping in alle seine früheren Funktionen einzusetzen — als stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPCh und des Staatsrates der VR China und als Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Im April v. J. war er auf Vorschlag Mao Tse-tungs aus allen diesen Ämtern entfernt worden. Wenig später sagte Hua Kuo-feng, daß „der vom Vorsitzenden Mao persönlich begonnene und geführte Kampf für die Kritik an der konterrevolutionären revisionistischen Linie Teng Hsiao-pings einen großen Sieg errungen hat“.

BIOGRAPHISCHES

DER NEUE PRÄSIDENT DER REPUBLIK INDIEN IST NEALAM SANJIVA REDDY



schen Volkes und wurde dafür mehrmals festgenommen. Er bekleidete führende Posten in der Organisation der Kongreßpartei seines Staates. Von 1959 bis 1962 war er Parteivorsitzender.

Auch hatte er Ministerposten erst in der Regierung seines Staates und dann in der Landesregierung inne.

Wiederholt wurde er ins Parlament gewählt. 1952/53 und 1964—1967 war er im Staatenrat (Oberhaus), 1967—1969 Speaker in der Volkskammer (Unterhaus).

Nachdem er 1969 aus dem Indischen Nationalkongreß ausgetreten war, übernahm er im Staat Andhra Pradesh zusammen mit anderen die Führung der Kongreßorganisation, die sich von der Kongreßpartei abgespalten hatte. Nachdem der Parteiblock,

der sich Janata-Partei nennt und zu dem die Kongreßorganisation gehört, im März d. J. den Wahlsieg errungen hatte, wurde Reddy wieder in die Volkskammer gewählt und zum zweiten Mal ihr Speaker. Als er Mitte Juli zum Präsidentschaftskandidaten nominiert wurde, legte er den Posten des Speakers nieder.

Seine Kandidatur war gemeinsam von der Janata, vom Indischen Nationalkongreß (der größten Oppositionspartei), von der KP Indiens und von anderen Parteien aufgestellt worden.

Am 21. Juli wurde Nealam Sanjiva Reddy ohne Abstimmung, als einziger von den Wahlmännern bestätigter Kandidat offiziell zum neuen Landespräsidenten erklärt.

Am 25. Juli trat Reddy offiziell sein Amt an.

Nealam Sanjiva Reddy

Nealam Sanjiva Reddy ist am 19. Mai 1913 im Dorfe Illuru (Staat Andhra Pradesh) als Sohn eines wohlhabenden Bauern geboren. Er hat das Anantapur-College absolviert.

Ab 1931 beteiligte er sich aktiv am nationalen Befreiungskampf des indi-

NACH DEM BEBEN

Nikolai PAKLIN

In Bukarest ist es heiß. Vor den Fenstern sind die Jalousien heruntergelassen. Aber die Straßen sind belebt. Die Stadt mit ihren anderthalb Millionen Einwohnern führt ihr gewohntes Leben.

Und doch ist Bukarest nicht ganz so, wie es vor dem 4. März 1977 war, als das schwere Erdbeben Rumänen heimsuchte. In der Hauptstadt sieht man Spuren der Zerstörungen. Viele Häuser haben noch leere Fensterhöhlen. Durch das Grün der Straßen und Anlagen sieht man Balken, mit denen Mauern gestützt sind. Im Zentrum, an der Kreuzung des Bălcescu-Boulevards und des Boulevards der Republik, schachten mächtige Bagger die Fundamente der Gebäude aus, die das Erdbeben völlig vernichtet hat. Oft kommt man an einem Haus vorbei, das mit Metallplatten abgesperrt ist — dahinter sind Instandsetzungsarbeiten im Gange.

Viele Bukarester haben auf den Urlaub an der See oder im Gebirge verzichtet. Sie müssen ihre Wohnungen renovieren, und das kostet Zeit und Geld.

„Die Stadt, besonders das Zentrum, hat schwer gelitten“, sagt Constantin Dumitrescu, Vizevorsitzender des Bukarester Volksrats. „Der Plan für den Wohnungsbau mußte natürlich sehr abgeändert werden. Dieses Jahr wollen wir 10 000 Wohnungen mehr bauen, als geplant war, damit die Obdachlosen untergebracht und denjenigen Wohnungen nachgewiesen werden können, die in nächster Zeit welche bekommen sollten. Alles in allem aber werden wir im Planjahr fünf Häuser mit 170 000 und nicht, wie ursprünglich geplant war, mit 150 000 Wohnungen bauen müssen. Das ist keine Kleinigkeit.“

Ich war auch auf einigen Bukarester Bauten. Dort wird in verlängerten Schichten gearbeitet. Unter den Bauarbeitern sind Studenten, Schüler der Oberklassen und Soldaten. Eine große Hilfe sind die

Bautrupps aus anderen Landesteilen. Am Wiederaufbau und Neubau beteiligen sich 19 Landkreise.

Traian Stănescu, stellvertretender Chefarchitekt von Bukarest, ein alter Bekannter von mir, steckt bis über



die Ohren in Arbeit. Trotzdem hat er für mich etwas Zeit gefunden. Er erzählt:

„Wichtig beim Wiederaufbau ist die Verstärkung der beschädigten Hausmauern, besonders an Hochhäusern, von denen wir in Bukarest über 2000 haben. Es hat sich herausgestellt, daß bei vielen scheinbar unversehrten Häusern tragende Mauern Risse aufweisen. Die meisten dieser Bauten stammen aus der Vorkriegszeit. Damals berücksichtigte man nicht immer, daß die Zone Bukarests seismisch aktiv ist. Auch wurden oft minderwertige Baustoffe verwendet. Wir haben geschlossen, nur bebensichere Häuser aufzuführen. Die Arbeiten sind enorm. Man muß stützende Pfeiler blößlegen, die Bewehrung gegen festere auswechseln und die Pfeiler dann in hochwertigen Beton kleiden.“

In einem Haus auf der Calea Victoriei, wo im Erdgeschoss und ersten Stock das Schnittwarengeschäft Romarta war, mußten von 102 Pfeilern 94 verstärkt werden. Das hat wochenlange Arbeit gekostet.

Bemerkenswert ist, daß der Wiederaufbau in den Plan einbezogen worden ist, nach dem Bukarest ausgebaut wird. Viele Straßen der Altstadt werden völlig umgebaut und verbreitert, damit der Stadtverkehr besser funktionieren kann. Aber Baudenkmäler sollen unbedingt erhalten bleiben.

Im Volksrat der Hauptstadt sagte man mir, man sei im Begriff, ein politisches und Verwaltungszentrum zu bauen. Bisher waren die

Junge Bauarbeiter aus dem Kreise Maramures in Bukarest

meisten höchsten Ämter in alten Gebäuden des Georghiu-Dej-Platzes untergebracht. Einige, auch das des ZK der RKP, haben unter dem Erdbeben gelitten. Vorläufig ist man sich noch nicht einig, wo das neue Zentrum am besten gebaut werden soll. Aber es soll schon 1984 fertig werden, wenn das rumänische Volk den 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus feiern wird. Die Architekten planen auch den Bau öffentlicher Gebäude, darunter eines Opernhauses, einer Nationalbibliothek und eines Geschichtsmuseums.

Experten erzählten mir, der Erdbebenherd habe sich im Gebirge des Landesostens befunden. Am schwer-

sten gelitten haben jedoch die südlichen Gebiete Rumäniens einige Hundert Kilometer vom Epizentrum entfernt, wo Steppenlandschaft ist. Das erklärt sich damit, daß die tief in die Erdrinde hineinreichenden Karpaten ein unüberwindliches Hindernis für die Bebenwelle waren, so daß sie ihnen nach Südwesten auswich. Die größten Zerstörungen hat sie außer in Bukarest in der Steppenstadt Craiova und in der kleinen Donaustadt Zimnicea angerichtet.

Von Bukarest bis Craiova sind es etwa über 200 Kilometer. Die breite Chaussee führt durch die nach reifem Weizen duftende Steppe, über Weinberge und wieder durch die Steppe.

Craiova galt schon immer als die Metropole der rumänischen Steppe. Unter der Volksmacht hat es sich zu einer großen Industriestadt entwickelt.

Der stellvertretende Bürgermeister Adrian Ceoboi sagt mir folgendes: „Gewiß, das Erdbeben hat uns viel zu schaffen gemacht. In manchen Betrieben sind Maschinenaggregate defekt geworden. Aber die Arbeiter haben die Folgen des Erdbebens in Rekordzeit behoben. Die Betriebe der Stadt überbieten sogar schon ihr Soll. Zugleich wird weiter an neuen Betrieben gebaut.“

Auch das zu 80 % zerstörte Zimnicea wird wieder aufgebaut. In zehn Tagen haben Bukarester Architekten einen neuen Stadtbauplan für Zimnicea fertiggestellt. Die Hauptstraße soll Straße der Helden zu Ehren der Leute benannt werden, die die Stadt wiederaufbauen. Die Einwohnerschaft wird sich in einigen Jahren wahrscheinlich verdoppeln, d. h. von 15 000 auf 30 000 anwachsen. Der Bau moderner Betriebe ist geplant.

In Bukarest hörte ich westliche Kollegen wiederholt sagen, das Erdbeben habe Rumänien wirtschaftlich um mehrere Jahre zurückgeworfen. Ja, die Volkswirtschaft hat sehr gelitten, nach amtlichen Angaben wurden 763 Betriebe mehr oder minder in Mitleidenschaft gezogen. Die sozialistische Planwirtschaft ermöglicht es aber, die zerstörten Betriebshallen schnell aufzubauen und die Maschinen rasch instandzusetzen. „Der enorme Schaden, den das Erdbeben vom 4. März der Wirtschaft zugefügt hat, wird sich nicht auf die Erfüllung des Plans für 1977 und des ganzen Fünfjahrsplans aus-

wirken“, hieß es in einem Kommentar der rumänischen Telegraphenagentur Agerpres. „Die Wirtschaft Rumäniens ist stark genug und fähig, die Verluste schnell wettzumachen.“ Besuche in rumänischen Betrieben überzeugen einen davon, daß es wirklich so ist.

Dem rumänischen Volk haben seine Freunde viel geholfen. Gleich nachdem der Umfang der Zerstö-



Freilegung von Baugeländen im Zentrum von Bukarest

Fotos des Verfassers

rungen bekannt war, schickte die Sowjetregierung auf dem Luftwege wichtigste Bedarfsartikel für die Geschädigten und medizinische Apparate nach Bukarest. Dann wurde eine Unterstützung mit Baumaschinen und Baustoffen sowie die Übergabe eines Hausbaukombinats geschlossen, das, wie man mir in Bukarest sagte, „Freundschaft“ genannt werden soll.

„In den Tagen schwerer Prüfungen hat das rumänische Volk aus vielen Ländern und von vielen Völkern Beweise der Freundschaft und Solidarität erhalten. Sie sind Rumänien zu Hilfe gekommen“, sagte Generalsekretär Ceausescu. „In diesem Zusammenhang möchte ich besonders die große Hilfe der sozialistischen Länder, in erster Linie die der Sowjetunion, hervorheben, die sie Rumänien geleistet haben.“

Bukarest—Craiova

NZ

STREIFLICHTER

Das Plenum schloß folgende Personen aus der Partei aus und entfernte sie von allen Ämtern innerhalb und außerhalb der Partei: Wang Hung-wen, Tschang Tschun-tsiao, Maos Witwe Tsian-ang Tsing und Iao Wen-juan, wobei die Viererbande als „Clique bürgerlicher Karrieristen und Intriganten“ charakterisiert wurde.

Das Plenum beschloß, den XI. Parteitag 1977 einzuberufen.

■ TÜRKEI

In Ankara wurde am 21. Juli die Regierung der Nationalistischen Front vorgestellt. Der Führer der konservativen Gerechtigkeitspartei (GP), S. Demirel, hatte sie gebildet, nachdem die Regierung der Republikanischen Volkspartei (RVP), die bei den kürzlichen Parlamentswahlen die relative Mehrheit errungen hatte, zurücktreten mußte. Die neue Regierung besteht aus den gleichen drei Parteien, die der letzten Koalitionsregierung Demirel angehörten. Die GP erhält 15 Ministerämter, die Partei der Nationalen Rettung 8, die Partei der Nationalistischen Bewegung 5. Die Führer der beiden letztgenannten Parteien, Erbakan und Türkeş, wurden zu stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Außenminister wurde I. Çaglayangil, der dieses Amt schon vor den Wahlen bekleidete.

Die türkische Presse betont, daß die Regierung Demirel faktisch die alte ist. „Nur die Schilder wurden ausgewechselt“, schrieb die Istanbuler Zeitung Milliyet. „So ist die Türkei zu der Situation vor dem 5. Juni zurückgekehrt, und der Sinn der Wahlen ist verloren gegangen.“

■ PORTUGAL

Am 22. Juli billigte die Nationalversammlung mit den Stimmen sozialistischer und der sozialdemokratischen Abgeordneten die Regierungsvorlage „Über die Grundlagen einer neuen Bodenreform“. Die Kommunisten, die Zentrumspartei, die Volksdemokratische Union, zwei unabhängige und drei sozialistische Abgeordnete stimmten dagegen.

Das neue Bodengesetz sieht eine Restaurierung der Ländereien der Großgrundbesitzer zum Schaden der beste-

DAMASKUS—SPIEGEL DES LANDES

Juri GLUCHOW

Damaskus regt sich früh. Schon gegen 6 Uhr morgens wird es laut vor dem Hotel. Autobusse rattern hupend vorbei, die Schaffner rufen die Route aus. Händler mit allerlei Eßbarem laden mit schrillen Stimmen Leute, die nicht gefrühstückt haben, zum Essen ein.

Das Hotel Semiramis steht auf einem belebten Platz, in den viele Verkehrsstraßen münden. Von meinen Hotelfenstern aus kann ich sie weit überschauen. Zu dieser frühen Stunde sehen die Häuserblocks im Zentrum wie umbrandete Inseln aus. Der Verkehrstrom wird mit jeder Minute dichter, er überschwemmt die Straßen und Plätze, eingesäumt durch die Gehsteige.

Kaum setze ich den Fuß auf die Straße, da werde ich vom Strom mitgerissen. Er trägt mich auf die Port-Said-Straße, vor das Rathaus. Unter dem Platz fließt, in Beton gesperrt, der Fluß Barada, der Ernährer der Ghuta-Ebene, in der Damaskus liegt. Über den Platz wird jetzt eine Überführung für den Autoverkehr gebaut.

„Ja, bei uns wird vieles anders, unsere Hauptstadt verjüngt sich und ist heute nicht nur für ihre Altertümer, sondern auch für ihre Neubauviertel berühmt.“ Das sagte man mir im Rathaus.

Eins der neuen Viertel ist Mezza. Es hat breite Straßen, seine modernen Bauten vereinen orientalische Motive mit westlicher Moderne in sich. Die Neustadt schiebt sich auch den Qasyun-Berg hinauf, der die Stadt nach Nordwesten hin abschirmt. Diese wird wahrscheinlich über den Berggrücken hinausreichen, wenn erst Trabantenstädte gebaut werden.

„Wir bauen möglichst nicht auf Kosten der Anbauflächen in der Ghuta-Ebene. Wir wollen die Industriezone auf die Gegend 30 km südöstlich von Damaskus beschränken“, sagte mir der Generalsekretär des Gouverneuramtes, Adel Sidki.

„Die herkömmliche Textilindustrie bleibt führend. Bei der Bautätigkeit innerhalb der Stadt achten wir darauf, daß die Altertümer nicht unter ihr leiden. Wir haben sogar eine Gesellschaft der Freunde von Damaskus für Denkmalsschutz.“

Gegen Schwierigkeiten

Von den fast 8 Millionen Landesbewohnern leben etwa eine Million in Damaskus. Dieses gibt einen Bezug vom nationalen Geist im ganzen Land, von seinen kulturellen Traditionen, seinen Sorgen und Problemen. Die größten bestehen darin, wie die fortschrittlichen Wandlungen vertieft, der Lebensstandard der Werktätigen gehoben und die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes behauptet und erhärtet werden sollen.

Man darf nicht vergessen, daß die Umstände für die jetzige Phase der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Syriens schwierig sind. Man kann nicht übersehen, daß Damaskus noch immer Tarnfarbe trägt. In den Straßen sieht man viel Militär. Die Folgen der Aggression Israels von 1967 sind noch nicht behoben. Nur 60 Kilometer trennen die Hauptstadt Syriens von der Linie der Feuerstellung. Die Konfrontation mit dem Aggressor und die militärischen Aufwendungen verschlingen mehr als zwei Drittel der Landessressourcen.

Aber trotz dieser widrigen Umstände hat das syrische Volk viel geleistet. Das Nationaleinkommen des Landes ist zwischen 1970 und 1975 von 6,4 auf 22,2 Md. syrische Pfund (100 Pfund=19,09 Rubel) gestiegen, das Pro-Kopf-Einkommen von 986 auf 2991 Pfund.

Am Gebäude des Volksrates (Parlaments) sah ich Aufrufe, alle Kräfte für die Erfüllung der Aufgaben des Landes aufzubieten. In diesem Gebäude wurden sie festgelegt. Hier wurde über den Entwurf für den

vierten syrischen Fünfjahrplan debattiert. In den fünf Planjahren (1976—1980) sollen an die 55,1 Md. syrische Pfund investiert werden (im dritten Planjahr fünf waren es nur 14 Md.), davon 44,6 Md. im staatlichen Wirtschaftssektor. Laut Plan soll die Produktion einen 12prozentigen Jahreszuwachs haben (im dritten waren es über 8%). Neben der Entwicklung der Industrie wird viel Gewicht auf eine Förderung der Landwirtschaft gelegt. Man will von den 640 000 ha Land, die dank dem Wasserbaukomplex am Euphrat für die Landwirtschaft tauglich geworden sind, 240 000 ha bestellen.

Etwa 80% der geplanten Neubauten entfallen auf den staatlichen Sektor. Zugleich soll aber auch der Privatsektor unterstützt werden. Überhaupt wird in Syrien seit einigen Jahren Privatunternehmern ein Anreiz zur Betätigung geboten. Wer in Produktionsprojekten investiert, wird von Steuern befreit, bis sein Betrieb Gewinn abwirft. Die Kontrolle über Valutageschäfte wird weniger streng gehandhabt. Erwogen wird die Gründung staatlich-privater Unternehmen. Auch eine Beteiligung von Auslandskapital wird man fördern. Ausländer, die in Syrien investieren, dürfen in den sogenannten freien Zonen, wo weder Steuern noch Zölle erhoben werden, eigene Unternehmen gründen. Es bestehen fünf solche Zonen: bei den Häfen Latakia und Tartus, bei Damaskus, bei dessen Flughafen und im Raum der syrisch-jordanischen Grenze.

Alternativen und politischer Kampf

Der Fünfjahrplan wurde lebhaft in Volksrat und Presse erörtert. Ihn kritisierte z. B. die Zeitung *Tishrin* wegen der Spanne zwischen dem Plan und den Möglichkeiten — den materiellen Ressourcen und den Arbeitskräften — des Landes. Er bestimme nicht genau den Investitionsbereich des Privatsektors, dabei seien doch 9,4 Md. syrische Pfund Privatinvestitionen (das sind 17% aller Investitionen in der Wirtschaft) vorgesehen. *Al-Thawrah* geht auf die schlechtere materielle Lage der Werktätigen ein und fordert eine gleichmäßige Verteilung der Wirtschaftslasten auf alle Bevölkerungsschichten.

Der kommunistische Abgeordnete Wahid Mustafa sprach im Volksrat

über den heftigen Klassenkampf wegen der Entwicklung des Landes. Die Bourgeoisie suche das wirtschaftliche Vorwärtskommen zur Steigerung ihrer Gewinne zu benutzen und orientiere das Land darauf, dem kapitalistischen Markt zuzusteuren und eine Politik der offenen Tür zu betreiben.

In verschiedenen Kreisen Syriens steht man auch der eventuellen umfangreichen Heranziehung ausländischen Kapitals kritisch gegenüber.

Ja, der Kampf darum, wie sich Syrien weiterentwickeln soll, flau nicht ab — das sagte man mir bei der Leitung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Arbeiter. Die bürgerlichen Elemente werden merklich aktiver, sie strengen sich an, die seinerzeit von der Landesführung vorgemerkt fortschrittlichen Veränderungen zu vereiteln. Der Imperialismus wechselt seine Taktik, er setzt wirtschaftliche Hebel an, um auf die fortschrittlichen arabischen Regimes einzuwirken. Aber eine ganze Reihe wichtiger Faktoren stellen sich diesen Umtrieben entgegen.

Meine Gesprächspartner erwähnten, daß 1972 die Nationale Fortschrittliche Front aus der Baath-Partei (der Regierungspartei), der KP Syriens, der Arabischen Sozialistischen Union und anderen demokratischen Organisationen gebildet wurde. Rege betätigt sich der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Arbeiter mit seinen gut 250 000 Mitgliedern. Der Sekretär des Bundes für Wirtschaftsfragen, Mahmoud Salame, sagte mir, daß die Gewerkschaften das Erreichte schützen, vor allem den starken staatlichen Sektor, der fast sämtliche Industriezweige, den Außen- und einen Teil des Binnenhandels, die Banken, die Sozialfürsorge und die Gewinnung der Bodenschätze erfaßt. Durch Umgestaltungen in der Landwirtschaft haben Zehntausende von Bauern Grund und Boden bekommen.

Salame betonte, daß es die syrischen Gewerkschaften als ihre Aufgabe ansehen, weitere soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen sowie eine Demokratisierung des politischen und öffentlichen Lebens zu erwirken. Er fügte hinzu, daß sie großen Wert auf die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR legen und deren politischen, moralischen und materiellen Beistand sehr schätzen.

In den Aufrufen des ZK der KP Syriens zu den am 1. August bevor-

stehenden Volksratswahlen wird folgendes hervorgehoben: Die syrischen Kommunisten sind der Meinung, daß man sich, um die nationale Unabhängigkeit behaupten zu können, im Kampf für die wirtschaftliche Selbständigkeit und für sozialen Fortschritt auf die breiten Volksmassen stützen, die Nationale Fortschrittliche Front stärken und die Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ausdehnen muß.

Umfassende Zusammenarbeit

In Damaskus sah ich überall ganz verschiedene Zeichen der freundschaftlichen sowjetisch-syrischen Verbindung und Zusammenarbeit.

Im Buchhandel ist der Roman „Ein Gebot der Zeit“ von Fares Zarzour zu haben, der von den Erbauern des Wasserkraftwerks am Euphrat — dem größten im Nahen Osten —, von syrischen und sowjetischen Ingenieuren und Arbeitern handelt. Es bringt dem Staat täglich 855 000 syrische Pfund ein und liefert jetzt 97% des ganzen in Syrien erzeugten Stroms. Diese Zahlen nannte Anfang Juni Ahmed Omar Yousef, der syrische Minister für Energiewirtschaft.

Sowjetische und syrische Hydrologen haben Wasser für die rasch wachsende Landeshauptstadt erschürft.

Im Khoumassia, dem Textilkombinat von Damaskus, in dem 5000 Arbeiter beschäftigt sind, werden schöne bunte Baumwoll- und Seidenstoffe erzeugt. Ein großer Teil davon geht nach der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern.

Die sowjetisch-syrische Zusammenarbeit gehört in Syrien zum täglichen Leben. Deshalb die große Befriedigung der Syrier über die guten Ergebnisse des Besuchs, den Präsident Hafez Assad im April Moskau abstattete, wo er mit der sowjetischen Führung verhandelte.

Abends, als die Sonne hinter den Dächern verschwand und lange Schatten aufs Pflaster malte, ging ich in die Altstadt, um durch die Winkelgäßchen rings um die Moschee der Omajaden zu wandern. Es wurde schnell dunkel. Vom Abendrot stachen die Schattenrisse der uralten Minarette und der modernen Hochhäuser ab. Vergangenheit und Gegenwart verschmolzen miteinander.

Damaskus—Moskau

NZ STREIFLICHTER

henden Genossenschaften vor. Die demokratische Öffentlichkeit erblickt in der Annahme dieses Gesetzes eine Gefahr für eine der Hauptversammlungen der Aprilrevolution, für die Bodenreform. Es wird auch die Befürchtung geäußert, daß eine Allianz zwischen den regierenden Sozialisten und den zentralistischen Sozialdemokraten zu einem weiteren Rechtsruck der Regierung Soares führen würde.

■ IRAK-KUWEIT

Am 20. Juli wurden die Truppen Iraks und Kuwaits einen Kilometer von der Demarkationslinie zurückgezogen, die die Arabische Liga 1961 festgelegt hatte. Der Abzug erfolgte entsprechend dem Abkommen, das auf der Tagung der gemeinsamen Grenzkommission unter Teilnahme des stellvertretenden kuwaitischen Innenministers und des Gouverneurs der irakischen Provinz Basra erzielt wurde.

Einige Jahre lang hatte es zwischen Irak und Kuwait Streit über den Grenzverlauf gegeben. Anfang Juli fanden in Bagdad Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern beider Länder statt. Eine Vereinbarung über eine friedliche Lösung der Streitfragen wurde erreicht und konkrete Schritte festgelegt, u. a. ein Truppenabzug im Grenzraum.

■ LIBANON

Im libanesischen Kurort Chtoura trafen am 21. Juli Vertreter Syriens, Libanons und der palästinensischen Widerstandsbewegung zusammen. Maßnahmen zur Erfüllung des Kairoer Abkommens von 1969, das den Aufenthalt der Palästinensertruppe in Libanon regelt, wurden erörtert. Die Teilnehmer des Treffens beschlossen, einen ständigen Ausschuß und zwei Unterausschüsse zu bilden, um einen detaillierten Plan für die Stabilisierung in Südlibanon zu erarbeiten. Es wurde eine Übereinkunft über den Abzug der Palästinensertruppe aus dem Süden in die vom Kairoer Abkommen vorgesehenen Gebiete geschlossen, in der u. a. von der Notwendigkeit die Rede ist, den fortgesetzten Drohungen und Provokationen Israels gegen die Sicherheit in den Grenzgebieten Libanons entgegenzuwirken.

Vietnams AUSSENPOLITISCHER SIEG

„Sie haben den Krieg gewonnen, doch können den Frieden verlieren“ — solche Prognosen über die Fähigkeiten der Kommunisten, aller patriotischen Kräfte Vietnams, die Einheit des Landes und seine außenpolitischen Positionen zu festigen, waren noch kürzlich in Kreisen zu vernehmen, die sich mit der Hoffnung trösteten, in Indochina sei für sie noch nicht alles verloren. Doch das vietnamesische Volk hat auch den Frieden gewonnen. Das zeigt die einstimmige Empfehlung des Sicherheitsrates der UNO-Vollversammlung, die Sozialistische Republik Vietnam in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

Auch dieser außenpolitische Sieg mußte von Vietnam errungen werden. Es war absurd, einem Land, das nach der Bevölkerungszahl an 16. Stelle liegt, die UNO-Mitgliedschaft zu verweigern, einer Republik, die von mehr als 100 Staaten anerkannt ist, einem Volk, das bewiesen hat, daß es für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen kann — für die eigentlichen Ideale der Weltorganisation. Doch nichtsdestoweniger legten die USA immer wieder ihr Veto ein.

Jetzt, da Washington eine realistische Haltung eingenommen hat (der US-Vertreter Donald McHenry erklärte bei der Sicherheitsratsitzung, die USA würden mit Vietnam nicht nur bilateral, sondern auch in der UNO gern zusammenarbeiten), wäre es eigentlich nicht nötig, an die Hindernisse zu erinnern, die der SRV in den Weg gelegt wurden. Doch das ist lehrreich. Niemand kann eine breite Teilnahme der jungen sozialistischen Länder am internationalen Leben verhindern. Dieser Prozeß kann noch gebremst, aber nicht mehr gestoppt werden. Auch ein Zeitgewinn wird für unsere politischen Gegner immer schwerer. Viele Jahre brauchte die DDR, um sich den Weg in die UNO zu bahnen. Die SRV aber hat es bedeutend schneller geschafft. Sind die Imperialisten zähmer geworden? Nein, keineswegs. Nur müssen sie mit dem realen Sozialismus rechnen, mit den Bestrebungen zu einer welt-

weiten Zusammenarbeit und mit den Gesetzmäßigkeiten der Entspannung.

Der Sicherheitsratsbeschuß erfreut alle wahren Friedenskämpfer, vor allem natürlich jene, die ihr internationales Ansehen für die diplomatische Unterstützung der SRV eingesetzt haben.

I. TROFIMOWA

NAHOSTPROBLEM AKUTER DENN JE

Natürlich hatte wohl niemand erwartet, daß der kürzliche Besuch des neuen israelischen Ministerpräsidenten Begin in Washington zu einer Nahost-Regelung beitragen würde. Doch die Ergebnisse seines Besuchs beunruhigten selbst jene, die Illusionen hegten.

Zu Beginn der Gespräche gab der israelische Außenminister Dayan einen sogenannten Friedensplan bekannt, mit dem Begin in die USA gereist ist. Wie sich zeigte, birgt der „Friedensplan“ die Gefahr eines neuen Konflikts in sich. Er sieht einen Teilabzug der israelischen Truppen von der Sinai-Halbinsel und von den Golanhöhen vor, wobei

Israel das Westjordanland behält und dort nur ein „System der politischen Autonomie“ für die arabische Bevölkerung geschaffen wird. Statt der schlechenden Annexionspolitik der früheren israelischen Regierungen hat die neue Führung damit begonnen, offen die arabischen Gebiete an Israel anzugliedern. Tel Aviv trat auch gegen eine Teilnahme von PLO-Vertretern an der Genter Konferenz auf.

Natürlich kann das eine gerechte Nahostregelung nur erschweren.

Daß Carter öffentlich Begins Vorschläge als „zukunftsorientiert und prüfenswert“ bezeichnete, macht deutlich: Washington will auch in Zukunft die expansionistische Politik Israels unterstützen. Die Befeuерungen der US-Administration, sie wolle eine „ausgeglichene Politik“ im Nahen Osten verfolgen und eine „Kompromißformel für eine Regelung“ suchen, wurden nicht bekräftigt.

Auch die Haltung Washingtons muß also Besorgnis bei allen hervorrufen, die an einer Normalisierung der Lage im Nahen Osten interessiert sind. Begins USA-Reise und seine Gespräche mit Carter haben zu einer Nahostregelung nichts beigetragen. Im Gegenteil, das Problem ist noch akuter geworden.

G. PAWLOW

AUS DES PENTAGON SCHUBLADEN

In einem Report, den das Mitglied des Repräsentantenhauses des US-Kongresses Les Aspin vorlegte, heißt es, das Pentagon habe in den letzten Jahren ständig überhöhte Angaben zur Zahl der sowjetischen Kriegsschiffe gemacht. „Man geht uns um Milliarden Dollar an für reale Schiffe“, sagte Aspin, „als Gegengewicht zu ... der Riesenzahl von Schiffen der Roten Flotte, die allein in den Pentagon-Akten existieren“. Der Kongreßabgeordnete führte Angaben an, mit denen das Pentagon operiert. Die Akten des US-Verteidigungsministeriums quellen vor Fehlinformationen über. Und geführt werden dort nicht nur Schiffe.

Als 1956 der B-52 entwickelt wurde, manipulierte man so auch mit der sowjetischen strategischen Luftwaffe. 1960 ging es um einen angeblichen Raketenrückstand der USA. Später waren es die Systeme des Luft- und Zivilschutzes...

Die Unbegründetheit ihrer Forderungen wurde nachfolgend wiederholt selbst von Vertretern der US-Streitkräfte anerkannt — doch erst, nachdem der Kongreß den Rüstungshaushalt gebilligt hatte.

Welche sowjetische Waffe wird wohl noch in den Pentagon-Schubladen „entdeckt“, wenn weitere Milliarden Dollar gebraucht werden.

W. BOIKOW

JETZT MUSS OSWALD RAN

In Hollywood wird ein TV-Film über den Mord an Präsident Kennedy gedreht. Er wird als „Sensation des Jahres“ präsentiert. Laut Drehbuch kommt der angebliche Präsidentenmörder Lee Harvey Oswald nicht um, sondern bleibt am Leben und muß sich vor einem Geschworenengericht verantworten. Wie die Filmgesellschaft behauptet, soll der Streifen sonst vollständig den Fakten entsprechen.

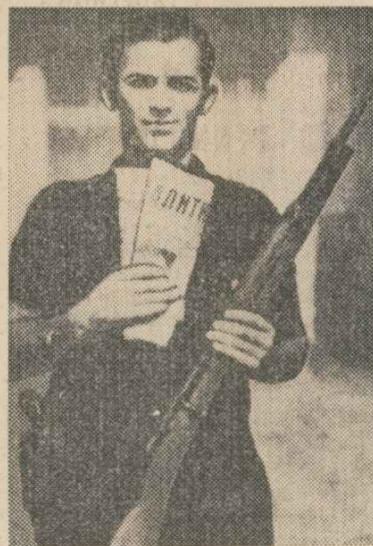
Die amerikanischen Zeitschriften NEWSWEEK und TIME brachten ein Foto Oswalds und seines Darstellers, John Pleshette. Wie Oswald so hat auch Pleshette in der einen Hand ein Gewehr, in der anderen eine Zeitung. Doch damit hört der dokumentarische Charakter auch auf. Der Korrespondent der jugoslawischen Zeitung POLITIKA, Jurij Gustinčić, machte darauf aufmerksam, daß Pleshette die Zeitung in der Hand hält, die dieser Journalist in den USA vertritt. Oswald hielt natürlich eine englischsprachige Zeitung.

Gustinčić bat um eine Erklärung. Der Vizepräsident der Gesellschaft, Malcolm Stuart, versicherte ihm, das sei nur ein bedauerlicher Fehler und dieses Foto werde nicht mehr verbreitet. „Irgendein Blödmann hat die erste Zeitung in kyrillisch genommen.“ Doch er hatte eine ...

sowjetische Zeitung finden sollen.

So ist es also um den „dokumentarischen Charakter“ bestellt. Übrigens kein Anlaß zum Wundern. Antisowjetische Fälschungen werden schon seit langem en gros in Hollywood serviert.

G. SLAWIN



URLAUBSTRÄUME, URLAUBSSCHÄUME

Bis oben vollgepackte Volkswagen, Fiats und Fords rollen über die bundesdeutschen Autobahnen nach Süden. Auf den Gepäckträgern Zelte, Koffer und Fahrräder. Die Autos sind hinten mit Urlaubskrimskrams vollgestopft, aus dem bisweilen ein Kindergesicht oder ein Maskottchen hervorschaut.

Es sind so viele Autos, daß die Autobahn nicht selten zum „längsten Wartesaal“ wird. Der kleinste Unfall führt zu Stockungen von vielen Kilometern (der kürzliche „Rekord“ — 50 km auf der Strecke Würzburg—Nürnberg). Doch früher oder später hören die Stockungen auf und die Völkerwanderungen Süden geht weiter. Man könnte denken, die gesamte Bundesrepublik habe sich in südliche Gefilde in Bewegung gesetzt. Doch die Wirklichkeit sieht etwas anders aus.

... Die nächste Shell-Tankstelle wird von vier Serviceleuten be-

treut: ein altes Ehepaar, ihr Sohn und seine Frau.

„Wo wollen Sie Urlaub machen?“ frage ich die alte Dame, als ich tankte.

„Urlaub?“ — Sie glaubte, sich verhört zu haben. „Diesmal auf meinem Balkon...“

Acht Millionen BRD-Bürger haben noch nie ihre Heimatstadt oder ihr Dorf verlassen — diese Tatsache figurierte neulich in der Presse. Das gilt z. B. für den Arbeiter Anton Müller, von dem der General-Anzeiger berichtete. Er war nur dort, wohin er zu Fuß gelangen konnte. Niemals fuhr er mit der Bahn. Nicht einmal seine Tante besuchte er, die 50 Kilometer entfernt wohnt. Warum? Wie bei den meisten unfreiwilligen Stubenhockern nennt Müller Geldknappheit und Zeitmangel. Und dann bleibt einem ja nur ein Urlaub auf dem Balkon.

Doch auch der ist nicht sicher.

1976 nahmen viele Arbeitende überhaupt keinen Urlaub. „Aufgrund von Rezession und Arbeitslosigkeit haben sie aus Furcht, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, auch auf ihre alljährliche Erholungspause verzichtet. Vielleicht wird deshalb auch Müller darauf verzichten, ‚auf den Balkonen‘ zu reisen“ — das schrieb der General-Anzeiger.

Die bürgerliche Presse tröstet die Menschen, die Müllers Los teilen: Alle haben es ja angeblich so schwer. Die Krisenerscheinungen haben auch den Unternehmern böß mitgespielt. Stimmt das? Eine Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt etwas anderes: „Die entnommenen Gewinne haben sich 1976 gegenüber 1975 mehr als verdoppelt.“ Natürlich lassen sich die Monopolbosse nicht um ihre Erholung bringen, Profite zu zählen, soll ja anstrengend sein. Und ihre Urlaubsträume zerplatzen nicht wie Seifenblasen, sind keine Urlaubsschäume.

R. KARAGESIAN
Ständiger NZ-Korrespondent
Bonn, im Juli



Die NZ-Redaktion hat Prof. Pjotr NEPOROSHNI, Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung der UdSSR, ersucht, zur Realisierung der sowjetischen Elektrifizierungspläne Stellung zu nehmen.

ENERGETIK HEUTE UND MORGEN

Vor 40 Jahren beteiligten Sie sich, Pjotr Stepanowitsch, am Bau der Wasserkraftwerke bei Tschirtschik und dann an der Errichtung vieler anderer Kraftanlagen. Wie fällt bei Ihnen der Vergleich zwischen gestern und heute aus?

Ich kann mir mein Leben ohne die Elektrifizierung unserer Heimat nicht denken. Ich baute mit an den Wasserkraftwerken bei Tschirtschik in Usbekistan, am Wasserkraftwerk Swir bei Leningrad, am Dnepr- und am Kachowka-Wasserkraftwerk. Nie werde ich vergessen, mit welcher Begeisterung Zehntausende dort arbeiteten. Besonders groß war der Arbeitselan der Komsomolzen. Selbstverständlich war die damalige Bautechnik mit der heutigen nicht zu vergleichen. Es gab weder Krane noch die mächtigen Ausrüstungen zur Produktion und Verlegung von Beton. Wir hatten keine leistungsstarken Traktoren, keine Bagger oder Planierraupen, vieles mußte manuell gemacht werden. Wie groß aber war die allgemeine Einsatzbereitschaft! Die Stoß- und Stachanow-Arbeiter jener Jahre vollbrachten wahre Wunder und überboten immer wieder die technisch begründeten Normen beim Betonverlegen, bei Ausbaggerungs- und Montagearbeiten. Die Kraftwerke, die damals gebaut wurden, sind nach unseren neutigen Vorstellungen klein, waren jedoch im Kampf gegen die Zerrüttung, eine Folge des Bürgerkriegs und der Intervention, von lebenswichtiger Bedeutung. Ohne sie hätte man die Industrie nicht wieder aufbauen und

entwickeln können. Diese kleinen Kraftwerke waren die Schmiede der Fachkräfte für die spätere Energiewirtschaft, dort wurden Traditionen geschaffen und Methoden entwickelt, dank denen die UdSSR später die größten Wasserkraftwerke der Welt bauen konnte.

Zugleich mit der Vervollkommenung des Baus hydrotechnischer Anlagen machte die Sowjetunion einen Riesenschritt vorwärts bei der Entwicklung des sowjetischen Kraftmaschinenbaus, es wurden Energiemaschinen und -ausrüstungen in Serienfertigung genommen, die es mit dem Weltspitzeniveau durchaus aufnehmen konnten. Alle wichtigsten Ausrüstungen unserer Kraftwerke wurden in der UdSSR hergestellt. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist der stark gestiegene Ausstattungsgrad unserer Bauorganisationen mit neuester Hebe-, Transport-, Betonverlege- und sonstiger Technik sowie mit neuesten Baumaschinen. Sehr erfreulich ist, daß diese vorteilhafte Technik von sachkundigen Fachkräften betrieben wird. Die Menschen, die heute Kraftwerke bauen, stehen in ihrem Enthusiasmus denen aus den 30er und 40er Jahren nicht nach.

Nach veröffentlichten Angaben zu urteilen, können die Elektroenergetiker viel in ihrer Aktiv buchen. Welche Ergebnisse werden sie zum 60. Jahrestag des Roten Oktober erzielt haben?

Im letzten Jahrzehnt wurde in unserem Zweig ebensoviel geleistet

wie in den vorausgegangenen 50 Jahren des Sowjetstaates. Seit Bestätigung des GOELRO-Plans im Jahre 1920 bis 1965 wurden in der Sowjetunion Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 115 Mio kW gebaut; in der Folge stieg diese Zahl auf das Doppelte, und heute beträgt die Gesamtleistung der sowjetischen Kraftwerke über 230 Mio kW. Gegenüber 1920 stieg die Elektroenergieerzeugung in der UdSSR 1976 auf das 2200fache an und erreichte 1,1 Billionen kWh. Dieser Kennziffer nach steht die UdSSR fest an erster Stelle in der östlichen Hemisphäre und an zweiter in der Welt (nach den USA).

Es handelt sich aber nicht nur um ein quantitatives, sondern auch um ein qualitatives Wachstum. Enorm sind die Einzelleistungen der Kraftwerke und der dort installierten Kraftanlagen gestiegen. Eine Kraftanlage von 300 000 kW wurde im 8. Planjahr fünf gebaut, heute sind ca. 140 solche Anlagen in Betrieb. In den letzten Jahren kamen Turbinenanlagen von 500 000 und 800 000 kW hinzu. Im Leningrader Betrieb für Energiemaschinenbau wird bereits an einem einzigartigen Aggregat von 1,2 Mio kW gearbeitet. Diese Kraftmaschine kann die Leistung zweier Dneprkraftwerke erreichen.

Selbstverständlich ist die Steigerung der Einzelleistung von Werken und Anlagen kein Selbstzweck, aber immerhin der beste Weg, alle spezifischen Ausgaben zu verringern. Leistungsfähigere Energiemaschinen erlauben den Aufwand an Metall, den wichtigsten Baustoffen, an Arbeit und Geld um 10, 20 und mehr Prozent zu senken. Außerdem geben die großen Wärmekraftanlagen die Möglichkeit, den Brennstoff bedeutend einzusparen.

In diesem Jubiläumsjahr der Sowjetmacht haben die Energetiker hohe sozialistische Verpflichtungen übernommen: neue Leistungen von insgesamt 12 Mio kW in Betrieb zu nehmen, 1,185 Billionen kWh Elektroenergie zu erzeugen und mehr als 2 Mio t Brennstoff einzusparen. Aber die wichtigste Verpflichtung besteht selbstverständlich darin, den Energiebedarf des Landes störungsfrei, zuverlässig und auf hohem Niveau zu decken. Das erste Halbjahr 1977 berechtigt zu dem Schluß, daß die Energetiker ihre Verpflichtungen erfüllen.

Im laufenden Planjahr-fünft ist das Ziel gesetzt wor-

den, die Erzeugung der Elektroenergie auf 1,38 Billionen kWh im Jahr zu steigern. Wie ist die Sachlage und auch die entferntere Perspektive?

Das Wachstum der Leistungen der Kraftwerke läßt behaupten, daß diese Ziffer 1980 durchaus zu erreichen ist. Im laufenden Planjahr fünf werden eine Kraftanlage von 1,2 Mio kW im Kraftwerk Kostroma, ferner 800 000-kW-Anlagen im Kraftwerk von Saporoshje und von Uglegorsk sowie 500 000-kW-Anlagen im Kraftwerk von Reftin und im ersten Kraftwerk von Eki-bastus in Betrieb genommen. Das Wasserkraftwerk Sajano-Schusshenskaja wird der Industrie seinen ersten Strom liefern. Die Wasserkraftwerke Ust-Ilimsk, Toktogul, Nurek, das Werk an der Seja u. a. werden ihre projektierte Leistung erreichen. In den Kernkraftwerken bei Leningrad, Kursk, Tschernobylsk und Woronesch werden Kernkraftanlagen mit Reaktoren von je 1 Million kW anlaufen.

Selbstverständlich kann sich ein für die ganze Volkswirtschaft so wichtiger Zweig wie die Elektroenergetik ohne wissenschaftlich fundierte Lange-Zeit-Planung nicht entwickeln. Deshalb ist im heutigen Fünfjahrplan vorgesehen, nicht nur die laufenden Aufgaben zu lösen, sondern auch die notwendigen Voraussetzungen für die kontinuierliche Entwicklung unseres Zweiges bis 1990 zu schaffen. Ein solcher Plan für den Zeitraum bis 1990 sieht den Abschluß der Arbeit am Einheitlichen Verbundnetz der UdSSR vor; dieses wird sich in einer ununterbrochenen Linie von der Pazifikküste bis zur Westgrenze der UdSSR ziehen.

Der Plan beinhaltet ferner konkrete Kennziffern für das Wachstum der Stromerzeugung: 1985 werden die Leistungen der Kraftwerke schätzungsweise 370 Mio bis 380 Mio kW und die Stromerzeugung 1,88 Billionen—1,95 Billionen kWh erreichen; 1990 sollen die Kraftwerke insgesamt eine Leistung von 500 Mio kW und die Stromerzeugung 2,35 Billionen—2,5 Billionen kWh erreichen. Im 11. und im 12. Planjahr fünf wird die Hälfte der neuen Kapazitäten in Atom- und Wasserkraftwerken hinzukommen.

Was geschieht, um die Selbstkosten der Elektroenergie und den Brennstoffver-

brauch zu senken? Kann man da einen Vergleich zu den anderen Industrieländern ziehen? Was wird unternommen, um den Energieverbrauch rationeller zu gestalten?

Von einem wichtigen Weg habe ich bereits gesprochen, ich meine die Steigerung der Einzelleistungen von Kraftanlagen, denn diese ergibt einen geringeren Brennstoffverbrauch je Kilowattstunde. Eine weitere Möglichkeit ist, in großen Werken die Steuerung auf modernem Niveau zu automatisieren. Dann helfen die Rechenanlagen den Operateuren, ein optimales Verbren-

kung des Stromverbrauchs stellen ein gesamtstaatliches Problem dar. Daß man sich stets um eine umsichtige Nutzung der fossilen Brennstoffe kümmern muß, versteht sich von selbst. Sehr wichtig bleibt auch die Aufgabe, die Brennstoff- und Energiebilanz zu verbessern und den Anteil eines so wertvollen Brennstoffs wie der Erdöls zu verringern.

Für Sparmaßnahmen setzen sich vor allem die Energetiker selbst ein. Im laufenden Jahr haben sie sich z. B. verpflichtet, am Eigenbedarf der Kraftwerke 650 Mio kWh einzusparen. Im Verteilungsnetz gehen 8—9% der Energie verloren; deshalb wird dieses Netz ständig per-



An einem Steuerpult des Kernkraftwerks Kursk

Foto A. Gustschin

nungsverfahren und den sparsamsten Einsatz von Wärme-, Wasser- und sonstigen Kraftwerken zu sichern. Zur Brennstoffeinsparung tragen ferner Kontakte zwischen Verbundnetzen bei. In diesem Fall werden die einzelnen Kraftwerke gemäß der Tagesbelastungskurve, die sich in unserem Land nach den Zeitzonen in ostwestlicher Richtung verändert, an- und abgefahren.

Ins Gewicht fällt dabei auch die Fähigkeit des Personals, z. B. in den Kraftwerken Kostroma, Karmanow u. a., die Ausrüstungen und die Verbrennungsdaten so einzurichten, daß der Brennstoffverbrauch je Kilowattstunde möglichst gering ist. Im laufenden Jahr haben sich die Energetiker z. B. verpflichtet, den SKE-Aufwand um 2,8 g je Kilowattstunde beim Verbraucher zu senken. In einem Jahr ergibt das eine Einsparung von einer Million Tonnen Brennstoff. Bis 1980 soll der Brennstoffverbrauch je Kilowattstunde auf 325 g gesenkt werden. Das ergibt eine Einsparung von 35 Mio t im Jahr gegenüber 1975. Übrigens ist bei uns der spezifische Brennstoffverbrauch viel niedriger als in der BRD und einigen anderen Industrieländern.

Die Maßnahmen zur Einschrän-

fektioniert. Bei der Entwicklung neuer Maschinen und Ausrüstungen wollen Wissenschaftler, Konstrukteure und Betriebsfachleute den Energieverbrauch durch diese Maschinen und Ausrüstungen senken.

Wie werden die Schwierigkeiten bewältigt, die sich daraus ergeben, daß 80% der Elektroenergie im europäischen Teil der UdSSR verbraucht werden, während 80% aller Energiereserven der UdSSR östlich vom Ural liegen?

Mit jedem Jahr nimmt die aus dem Osten in die zentralen und westlichen Gebiete der UdSSR transportierte Brennstoffmenge zu. Es werden Erdöl- und Gaspipelines verlegt, die ihrer Länge und Durchlaßfähigkeit nach in der Welt nicht ihresgleichen haben.

Der Rohrleitungstransport wird sich auch weiterhin entwickeln, doch läßt sich das Problem nur auf diese Weise allein nicht lösen. Im

Osten der UdSSR entstehen Systeme großer Wärme- und Wasserkraftwerke. Von ihnen sollen mächtige Hochspannungsleitungen ausstrahlen, die große Energiemengen in den europäischen Teil über weite Entfernen hinübertragen werden. Berechnungen ergaben, daß es die wirtschaftlichste Methode ist, besonders wenn die reichen Kohlendaggerstätten des Ostens genutzt werden. An den Kohlevorkommen bei Ekibastus in Nordkasachstan z. B. sollen einige Werke von je 4 Mio kW gebaut werden. Die dort erzeugte Energie soll über eine 1,5-Mio-V-Fernleitung in den europäischen Teil des Landes befördert werden. Die beträchtlichen Kohlenvorkommen bei Kansk und Atschinsk in Sibirien werden den Bau mehrerer 800 000-kW-Werke bei Berjosowski ermöglichen. Jedes Werk dieses Systems wird eine Leistung von 6,4 Mio kW haben. Eine Hochspannungsleitung von 1,15 Mio V wird die Berjosowski-Werke mit Nowokusnezk und später mit Ekibastus verbinden. Beträchtliche Energiemengen werden in den europäischen Teil der UdSSR aus dem Osten auch aus den weltgrößten Werken an der Angara, am Jenissej und an Gebirgsflüssen Mittelasiens kommen.

Laut Prognosen kann jedoch selbst eine so große Energiezufuhr eine gewisse Brennstoffknappheit im europäischen Teil nicht voll wettmachen. Die endgültige Lösung wäre, dort ein System leistungsstarker Kernkraftwerke zu bauen.

Seit mehr als 20 Jahren sind Atomkraftwerke in Betrieb, und die Praxis hat erwiesen: Sie verschmutzen die Atmosphäre nicht, sind betriebssicher und liefern einen preisgünstigeren Strom als die Wärme-kraftwerke.

Deshalb besteht ein umfassendes Programm für die Entwicklung der Atomenergetik. Im laufenden Planjahr fünf werden 30 AKW hinzukommen. In Betrieb sind bereits die großen Kernkraftwerke bei Leningrad und Kursk, auf der Kola-Halbinsel, in der Armenischen SSR u. a. Die Bauarbeiten in den Kernkraftwerken Tschernobylsk, Smolensk, Kalinin, in der Südukraine u. a. laufen. Für sie plant man Reaktoren von je 1 Mio kW, für das Kernkraftwerk Ignalina in Lettland von je 1,5 Mio kW.

Welche Rolle spielt das Einheitliche Verbundnetz der

UdSSR, wie wird es ausgebaut?

Seine Schaffung ist eine der größten Errungenschaften der sowjetischen Technik und Wirtschaft. Die Leitungen des Einheitlichen Verbundnetzes ziehen sich von Murmansk bis nach Batumi und Jerewan, von Kaliningrad nach Tjumen und Surgut, von Kischinjow bis nach Nordkasachstan. Das Verbundnetz schließt mehr als 100 Werke mit einer Gesamtleistung von über 160 Mio kW zusammen. Sein Wirkungsbereich dehnt sich auf ein Areal von mehr als 7 Mio km² mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Millionen aus. Das Verbundnetz wird von der Zentralen Dispatcherverwaltung aus mit Hilfe von EDV-Anlagen und Automatik gesteuert.

Das Einheitliche Verbundnetz der UdSSR ist von außerordentlicher Bedeutung. Dank ihm kann das Zeitgefälle in verschiedenen Landesteilen benutzt, können Leistungen umverteilt, die Werke verschiedenen Typs am rationellsten eingesetzt, der Spitzenbedarf gedeckt, pannenbedingter Ausfall sofort beseitigt werden usw. In der Praxis kommt das einer zusätzlichen Leistung von mehreren Millionen Kilowatt gleich und erspart Milliarden Rubel.

Dieses Verbundnetz wird immer weiter vervollkommen. Die mächtigen Verbindungen zwischen den einzelnen Teilen des Systems nehmen zu. Vor kurzem entstanden 750-kV-Leitungen zwischen Moskau und Leningrad, zwischen dem Donez-Becken und der Westukraine. In Bau sind 500-kV-Leitungen, sie werden den Anschluß Sibiriens und Mittelasiens an das Einheitliche Verbundnetz der UdSSR ermöglichen. Hochspannungsleitungen von 220 kV werden die Wasserkraftwerke an der Angara mit der Baikal-Amur-Magistrale verbinden. In weiterer Zukunft soll eine Hochspannungsleitung von 2,2 Mio V gebaut werden, sie wird 4000 km lang sein und Sibirien mit der Ukraine verbinden.

Bestehen ähnliche Systeme in den USA und Kanada?

Gewiß, Kraftwerke sind da, sowohl das Territorium als auch der technische Stand erlauben es natürlich, solche Systeme dort anzulegen. Doch steht dem das auf Privat-eigentum beruhende kapitalistische Wirtschaftssystem im Wege. Die Interessen von Privatgesellschaften,

die miteinander konkurrieren, machen die Schaffung eines einheitlichen Verbundnetzes unmöglich. Die Amerikaner überzeugten sich von der Notwendigkeit eines solchen Systems bereits 1965, als es zum bekannten Blackout im Energiesystem New Yorks kam. Gewisse Maßnahmen sind seitdem getroffen worden, aber von einem einheitlichen Verbundnetz der USA kann noch keine Rede sein, worauf u. a. auch die jüngste Katastrophe schließen läßt.

Anders als in den meisten Industrieländern spielt bei uns die FernwärmeverSORGUNG eine immer größere Rolle. Was gibt es Neues auf diesem Gebiet?

In der kombinierten Erzeugung von Wärme- und Elektroenergie sowie in der Größe und der Leistung der Heizkraftwerke nimmt die Sowjetunion seit langem und mit großem Abstand den ersten Platz in der Welt ein. Heute sind über 800 Städte und andere Orte an das Fernheizsystem angeschlossen. In den sowjetischen Wärmekraftwerken sind die weltgrößten Wärmekraftanlagen zu je 100 000 kW montiert. In den letzten Jahren setzt man thermische Generatorgruppen von 250 000 kW ein. Die Gesamtleistung der HKW beträgt mehr als 60 Mio kW.

Die Heizkraftwerke, deren Wirkungsgrad gegenüber den herkömmlichen Wärmekraftwerken 25–30% höher liegt, sparen uns viele Millionen Tonnen Brennstoff ein, dank ihnen wird die Luft der Städte wesentlich von den Abgasen gereinigt, weil viele Tausende kleine Kesselanlagen einzelner Häuser und Bezieker entfernt wurden.

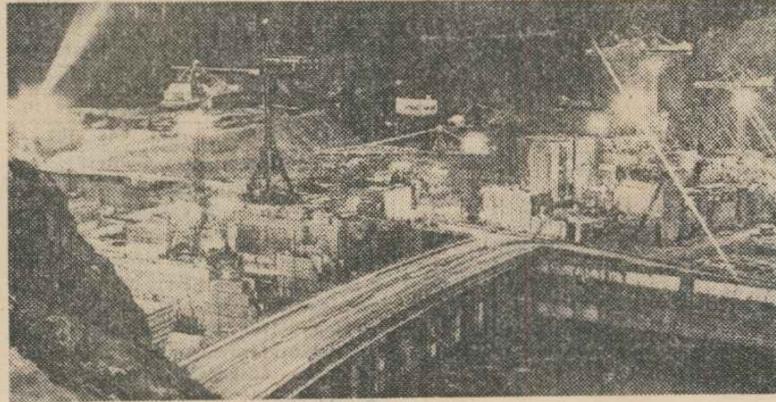
Neu in der FernwärmeverSORGUNG wie auch in der gesamten Energiewirtschaft ist: weitere Standardisierung von Bauprojekten, Anwendung industrieller Bauweisen, Nutzung vorgefertigter Bauteile usw. Und nun etwas grundsätzlich Neues auf diesem Gebiet: die Schaffung des ersten Atom-HKW in Bilibino auf Tschukotka. Forschungen beweisen, daß dies grundsätzlich möglich und bei der Wärme- und Stromversorgung großer Städte vorteilhaft ist.

Wie ist das Einheitliche Verbundnetz der UdSSR mit dem Verbundnetz der europäischen RGW-Länder verbunden? Besteht ein Generalschema für die Entwicklung dieses Systems?

Das Internationale Verbundnetz „MIR“ der RGW-Länder wurde von

ihnen gemeinsam angelegt. Mit aktiver Hilfe der UdSSR entstanden in den Bruderländern über 90 große Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von mehr als 25 Mio. kW. Heute gehören zu diesem System mit der Dispatcherzentrale in Prag Werke mit einer Gesamtleistung von 75 Mio. kW. Die RGW-Länder bekommen aus der UdSSR jährlich 15–17 Md. kWh.

Das Verbundnetz „MIR“ wird



Am entstehenden Kraftwerk Sajano-Schuschenskaja

Foto M. Skurichina

ständig vervollkommen. Die XXX. RGW-Tagung (1975) bestätigte ein Generalschema für seine Entwicklung, laut dem neue mächtige Verbindungsleitungen verlegt werden sollen. 1978 wird eine 750-kV-Leitung zwischen Winniza und Alber-tirsa (Vorort von Budapest) in Betrieb genommen. Das Generalschema sieht den Bau einer ähnlichen Leitung vor, die aus der UdSSR nach Rumänien und Bulgarien führen wird. Die bereits angelegte 750-kV-Leitung zwischen dem Donez-Becken und Lwow gibt die Möglichkeit, das Verbundnetz „MIR“ an die wichtigsten Werke im europäischen Teil der UdSSR anzuschließen. Eine weitere 750-kV-Leitung wird das sowjetische Verbundsystem Nordwesten mit Polen verbinden. Zwischen einigen europäischen RGW-Ländern sollen Verbindungsleitungen von 400 kV entstehen. Im Osten der UdSSR schließt sich die Mongolei an das sowjetische Verbundnetz an. Dann wird das Internationale Verbundnetz der RGW-Länder lückenlos von Ulan-Bator bis nach Berlin und zu den anderen Hauptstädten der Bruderländer führen.

Die Energiekrise hat sich in den kapitalistischen Ländern zu einem der ernstesten Probleme ausgewachsen. Zieht diese Krise unser Land in Mitleidenschaft?

Nein, und das wird sich auch morgen nicht ändern. Nicht etwa, daß die Sowjetunion über unver siegbare Energiequellen verfüge, wenn sie auch beträchtlich sind. Das Geheimnis besteht vielmehr darin — übrigens ist es kein Geheimnis, denn wir haben unsere Energiepolitik stets propagiert —, daß die Sowjetmacht seit ihren ersten Tagen die Erschließung der Energiereserven planmäßig und auf

orientiertes, sondern gesamtstaatliches Herangehen not tut. Wie die praktischen Resultate dieser Schlußfolgerung sein werden, kann ich allerdings nicht sagen.

Wie ist es um den Erfahrungsaustausch, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in der Elektroenergetik mit den kapitalistischen Ländern bestellt?

Wir waren schon immer für den Erfahrungsaustausch und, wenn möglich, auch für eine auf gegenseitigem Nutzen beruhende Zusammenarbeit mit anderen Ländern. Die Sowjetunion ist Mitglied verschiedener internationaler Organisationen. Sowjetische Delegationen arbeiten aktiv auf internationalen Treffen von Fachleuten und Wissenschaftlern. Solche Zusammenkünfte werden auch in der Sowjetunion veranstaltet.

Die langfristige Zusammenarbeit auf bilateraler Grundlage erweitert sich ebenfalls. Viele sowjetische Experten und Forschungsstätten arbeiten mit Institutionen und Wissenschaftlern der USA, Kanadas, Großbritanniens, der BRD u. a. zusammen. Erfolgreiche Teamarbeit leisten gemeinsame Gruppen von Wissenschaftlern und Fachleuten, eine Vereinbarung über die Arbeitsteilung wird in die Tat umgesetzt. Beide Seiten haben nicht wenige nützliche Ideen und Vorschläge eingebracht. Befriedigend ist z. B. die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten an der Entwicklung von MHD-Generatoren* und im Bereich der Supraleitfähigkeit. Gemeinsam mit Kanadiern wird an einer hoch wirksamen Projektierung von Wärmekraftwerken gearbeitet. Mit den Engländern tauschen wir verschiedene Erfahrungen beim Bau, bei der Ausbeutung und Renovierung der Ausrüstungen von Wärme- und Kernkraftwerken aus.

Wir halten eine solche Zusammenarbeit für aussichtsreich und nützlich, vorausgesetzt, daß unsere Partner guten Willen mitbringen. Der Erfahrungsaustausch und die gemeinsamen Forschungsarbeiten nach koordinierten Programmen geben die Möglichkeit, effektivste Ergebnisse bei minimalem Verlust an Zeit und Mitteln für jede beteiligte Seite zu erzielen.

* Die Wirkungsweise eines magnetohydrodynamischen Generators beruht darauf, daß in einem im Magnetfeld bewegten Strom ionisierter Gase elektrische Spannung induziert wird.

ENTSPANNUNG IM SELBSTLAUF?

Lew BESYMENSKI

Dieses Mal hat Egon Bahr viele überrascht. Der jetzige Bundesgeschäftsführer der SPD ist dafür bekannt, daß er für eine aktive Entspannungspolitik eintritt und zu den Architekten der Ostpolitik der BRD gehört. Für seine Initiative und seine mutigen Ideen wurde er mehrmals heftig von der Opposition angegriffen. Und plötzlich...

Aus den USA zurück, schilderte er im Journalistenkreis zu Jahresbeginn seine Eindrücke von den ersten Schritten der Regierung Carter und vom Stand der Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa. Er urteilte ziemlich optimistisch. So meinte er, die USA würden sich bei den SALT II um eine Einigung mit der UdSSR bemühen. Ich fragte, was das für die Politik der Bundesrepublik und der anderen westeuropäischen NATO-Länder bedeuten würde.

„Für unsere Politik?“ fragte Bahr zurück. „Was meinen Sie damit?“

Ich mußte deutlicher werden und erläutern, daß ich die Schritte in der Entspannungspolitik meine, die die Länder Westeuropas, auch die Bundesrepublik, gleichzeitig oder parallel unternehmen könnten. Darauf Herr Bahr: Als erste müßten die USA und die UdSSR handeln. Wenn das neue Abkommen — SALT II geschlossen sei, werde man auch in anderen Richtungen vorstoßen können. Erst dann werde es möglich sein, bei den Wiener Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen und Streitkräfte in Mitteleuropa vom Fleck zu kommen.

„Nicht früher?“

Bahr verneinte das.

Auf die Frage, ob die Bundesrepublik selbst Initiative zeigen könne oder nach den USA schließen müsse, bekam ich von den vielen, denen ich sie in Bonn vorlegte, ganz verschiedene Antworten.

Oppositionelle verneinten ganz entschieden, daß die BRD und die anderen Länder Westeuropas selbständige Initiative zeigen könnten und dürften. Im Regierungslager neigten die meisten wie Bahr zur

Vorsicht. Vom SPD-Vorsitzenden, Willy Brandt, hörte ich übrigens eine andere Meinung: Die Bundesrepublik könne das durchaus, ja sie müsse es. Im Wahlkampf von 1976 stellte Helmut Schmidt neue Schritte der Bundesrepublik in Wien in Aussicht.

Dieser Zwiespalt ist nicht allein für die BRD, sondern auch für die anderen Länder Westeuropas typisch. Im Grunde genommen handelt es sich um eine sehr ernste Frage, nämlich die, wie der Entspannungs- und Abrüstungsmechanismus in der heutigen Welt aussehen hat.

Der „Gewöhnungseffekt“

An Neues — wenn es gut ist — gewöhnen wir uns schnell. Ungewohntes wird uns bald zu Gewohntem. Dieser „Gewöhnungseffekt“ wirkte auch auf den Entspannungsprozeß, der Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre einsetzte. Eine Entspannung in Europa? Warum denn nicht, fragen viele Europäer und vergessen dabei, daß in der Politik nichts im Selbstlauf geschieht.

Die Entspannungspolitik wäre gar nicht gekommen, wenn sich nicht politische Kräfte gefunden hätten, die sich der schwierigen Aufgabe unterzogen, die Erwartungen von Millionen Europäern in der Nachkriegszeit wahr zu machen. In dieser Hinsicht können die sozialistischen Länder stolz sein, sie können sich die Initiative zur Überwindung des kalten Krieges zugute halten. Wie Willy Brandt aber einmal sagte, ist die Entspannung keine Einbahnstraße. Es wäre ja unvorstellbar, daß nur eine Seite an diesem Prozeß teilnimmt.

Es gibt Leute, die ganz gern mit der „Einbahnstraße“ spekulieren. So behauptet Franz Josef Strauß oft, die Entspannung sei ein Geschenk des Westens an das sozialistische Lager, Osteuropa könne ohne die Früchte der Entspannung, ohne die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Industrieländern,

ohne deren technische Hilfe überhaupt nicht existieren. Die Wirklichkeit beweist das Gegenteil: Die sozialistische Welt denkt gar nicht daran, bei den reichen Vatern in Washington oder Bonn um Almosen zu betteln. Die in Helsinki formulierten Bestimmungen sind dadurch so wichtig, daß sie die Gleichberechtigung der beiden Systeme zum höchsten Prinzip der gesamteuropäischen Beziehungen gemacht haben.

Die Erfahrungen von Helsinki

Die Gleichberechtigung setzt aber nicht nur Anerkennung der politischen Souveränität voraus. Sie verlangt auch gleiche Aktivität bei der greifbaren Entwicklung und Materialisierung des Entspannungsprozesses.

Niemand, nicht einmal die Schreiberlinge von der Springerpresse können der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern vorwerfen, sie hätten in den zwei Jahren seit Helsinki keine konkreten Vorschläge für die Verwirklichung der Ideen aus der Schlüßakte gemacht. Die Mitglieder der sozialistischen Ländergemeinschaft haben ganz verschiedene Anregungen auch zur Abrüstung vorgebracht, sowohl in der UNO als auch in Wien. Es mag genügen, an folgendes zu erinnern: Schon einige Monate nach Helsinki schlug Leonid Breschnew vor, gesamteuropäische Kongresse oder zwischenstaatliche Beratungen über die drei wichtigsten Probleme einzuberufen: über Energetik, Verkehr und Umweltschutz. Ist der Westen darauf eingegangen, der ja beteuert, er stehe treu und fest zur Schlüßakte? Bis her wandert der sowjetische Vorschlag von Ressort zu Ressort, und manche sagen sogar, es lohne nicht, in Belgrad darüber zu reden.

Vor kurzem nahm ich im österreichischen Fernsehen an einer Diskussion teil und bekam folgende Rechtfertigung dafür zu hören, warum der Westen sowjetische Vorschläge ablehnt:

„Die Sowjetunion sucht sich für die Debatte harmlose Themen wie die Energetik oder die Ökologie aus und vermeidet es, heiße Eisen anzugehen.“

Eine derartige Einstellung bedeutet, daß man die eigentliche Methode der gesamteuropäischen Zusammenarbeit grundsätzlich verneint (oder vielleicht mißversteht?), die

in den 32 Monaten der Zusammenkünfte in Helsinki, in Genf und wieder in Helsinki ausgearbeitet wurde. Einer ihrer Schwerpunkte bestand darin, daß die Vertreter der 35 Länder in erster Linie nicht das anpacken sollen, was sie trennt, sondern das, was sie eint, worin sie gemeinsame Interessen haben. Ohne Zweifel gibt es mehr als genug heiße Eisen. Die Diplomaten haben der Verlockung widerstanden, die Zusammenkünfte zum Schauplatz heftiger ideologischer Zusammenstöße oder propagandistischer Streitigkeiten zu machen. Warum sollten wir nach zwei Jahren die Methode vergessen, die wir mit so viel Mühe ausgearbeitet haben und die sich bewährt hat?

Es gibt auch andere methodologische Regeln von Helsinki, an die man heutzutage denken soll, insbesondere das Konsensprinzip (Prinzip allgemeiner Einigung), nach dem die Vertreter der 35 Länder verfahren sind. Es hat sich als nutzbringend erwiesen, obwohl nicht wenige Klippen vorhanden waren. Heute ist es sehr angebracht, sich der positiven Seiten dieses Prinzips zu erinnern. In der ersten Phase der KSZE sagte mir Rudolf Kirchschläger, der damalige Außenminister und jetzige Präsident Österreichs, im Rahmen der gesamteuropäischen Konferenz hätten die kleinen Länder nicht nominelle, sondern reale Gleichberechtigung mit den Großmächten erlangt.

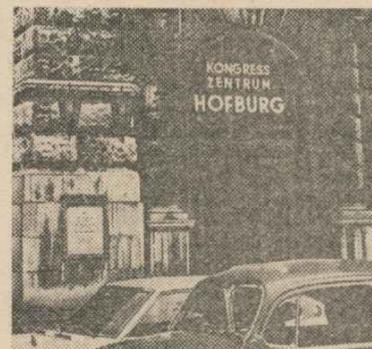
Seine Worte fielen mir in der zweiten Phase der Konferenz und nach ihrem erfolgreichen Abschluß mehrmals ein. Kaum ein anderes Ereignis in Europa war ein so empfindlicher Schlag für die falsche Theorie von einer „Hegemonie der Supermächte“, die gewisse Leute der Alten Welt immer wieder in verschiedener Aufmachung servieren möchten. Gerade auf der Basis wirklicher Gleichberechtigung sowohl der politischen Systeme als auch der einzelnen Staaten konnte die Konferenz der Welt eine derart wichtige Urkunde wie die Schlußakte präsentieren.

Es kommt aber nicht nur und nicht so sehr darauf an, Rückschau zu halten. Vielmehr muß man auf dem in Helsinki abgesteckten Weg vorwärtskommen. Und hier nun müssen die gleichen Rechte die Gestalt gleicher Pflichten annehmen. Kein einziges der 35 Länder darf sich hinter anderen verschleiern und abwarten, bis jemand anderer einen konkreten Schritt zur Entspannung

tut. Noch schlimmer ist es, sich hinter der NATO zu verstecken, die seinerzeit nichts zur Förderung der Entspannung tat, und als diese vom Fleck kam, sich als Taufpate der gesamteuropäischen Zusammenarbeit produzierte. Der Entspannungsprozeß stößt auf noch andere Schwierigkeiten, weshalb es nützlich wäre, deren greifbare Erscheinungsformen ins Auge zu fassen. Nehmen wir als Beispiel die BRD.

Angst vor Initiative!

Längst vorbei sind die Zeiten, als der Spruch in Umlauf war: „Die Bundesrepublik ist wirtschaftlich ein Kolß, politisch ein Zwerg.“



Im Kongresszentrum der Wiener Hofburg wird über den Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa verhandelt

In den 50er Jahren führten viele Bonner Politiker aller Richtungen diesen bildhaften Satz, der der Wahrheit ziemlich nahe kam, nur zu gern im Munde. Nach dem Krieg lief in der BRD eine rasche wirtschaftliche Entwicklung an, und sie wurde zu einer wirtschaftlichen Großmacht. Doch von den drei Westmächten okkupiert, besaß sie so gut wie keine Souveränität. In der Weltpolitik spielte sie keine selbständige Rolle, ja sie begnügte sich bewußt damit, der Politik der USA zu folgen.

Historiker streiten sich noch darüber, ob das ein schlauer Schachzug Adenauers war oder ob er wirklich an sein amerikanisches Idol glaubte. Viele Geschichtsforscher meinen, Adenauer sei vor seinem Tode von seinem eigenen Kurs enttäuscht gewesen.

Aber soweit die Geschichte. In den 70er Jahren sieht sich die Führung der BRD anderen Fragen gegenüber gestellt. Die Entspannung setzte ein, und sie mußte sich entscheiden, welche Rolle sie in diesem Prozeß spielen soll. Leute von der „traditionellen“ Schule hatten längst eine Antwort parat: In der Welt bestünden zwei Supermächte, sie müßten ihr Verhältnis miteinander regeln, erst dann könnten Länder wie die BRD Initiative zeigen. So redeten CDU-Politiker, und so dachten viele Berufsdiplomaten. Es gehörten politischer Mut und Zivilcourage dazu, aus dem Kreidekreis auszubrechen und Schritte zu unternehmen, die im nationalen Interesse der BRD geboten waren.

Zu Anfang der 70er Jahre geschah das auch. Ist die bundesdeutsche Außenpolitik aber noch jetzt so aktiv? Darüber gehen die Meinungen auseinander. Ein gründlicher Kenner der Bonner Szenerie, der Publizist Rolf Zundel, definiert die heutige Außenpolitik der BRD folgendermaßen: „Nun ist auch die deutsche Außenpolitik in die Zone des Trübsinns geraten... Es werde nicht mehr gestaltet, sondern nur noch verwaltet; es mangelt Bonn an einem Konzept.“ Weiter kritisiert Zundel, daß Bonn kein Konzept zu einem so entscheidenden Entspannungsproblem wie die Abrüstung besitzt. Er schreibt in der Hamburger Zeit über die Wiener Verhandlungen, an denen die BRD von Anfang an (1973) beteiligt ist: „Es ist erstaunlich, ja unheimlich, daß unsere Politiker manches, wovon Zukunft und Sicherheit der Bundesrepublik abhängen, praktisch unerörtert lassen!“

Grund zur Besorgnis liegt in der Tat vor. Die BRD ist noch jetzt der Musterknabe in der Atlantikschule. Haben sich einige NATO-Länder in den letzten Jahren eine gewisse Kürzung ihrer Militäretats erlaubt, so schwillt der der BRD andauernd. Ihre Rüstungsindustrie fordert immer kategorischer, daß die Truppen der NATO-Länder neue Waffen, in erster Linie natürlich bundesdeutsche, bekommen sollen.

Oder nehmen wir einen anderen Aspekt der Abrüstung, den ich schon erwähnte: die Wiener Verhandlungen über den Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Abgesehen von den USA und der UdSSR hat die BRD in Mitteleuropa das größte Truppenkontingent. Warum sollte sie da

eigentlich keine Initiative ergreifen?

Das ist nach wie vor eine Streitfrage zwischen der Opposition und der Regierungskoalition. Die Opposition stimmte ein großes Geschrei an, als Willy Brandt Anfang des Jahres neue konkrete Vorschläge für die Wiener Verhandlungen machte. Ich sehe noch deutlich die Sitzung des Bundestags vor mir, in der nach Brandt einer der redseligsten CDU-Männer, Alois Mertes, das Wort ergriff. Er klagte Brandt aller Todstunden an, auch des notorischen Verrats an der westlichen Allianz. Die „Prozedur“ wiederholte sich in diesem Frühjahr, als Herbert Wehner, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, in mehreren Interviews sagte, die Bundesrepublik müsse einen „selbständigen Beitrag“ zur Entspannung und Abrüstung leisten.

Daß die CDU keinerlei Entspannungsinitiative duldet, ist nicht weiter verwunderlich. Helmut Schmidt sagte einmal im Bundestag, zur Opposition gewandt:

„Und wenn die verantwortliche deutsche Bundesregierung mit Vertragspartnern so reden würde, wie Sie hier reden, wäre Schluß mit der Entspannung und mit dem Frieden in der Welt.“

Tatsächlich hat die BRD in den letzten Jahren die Sprache der neuen internationalen Beziehungen erlernt, was nicht wenig dazu beigetragen hat, ihre weltpolitischen Positionen zu untermauern, auch innerhalb der westlichen Koalition. Um so mehr Ursache hat sie, diese Erfahrungen zu pflegen und auszubauen, den Entspannungsmechanismus zu vervollkommen.

Über ihn sollte man sich namentlich jetzt Gedanken machen, in der Situation von 1977, beim jetzigen Vorgehen Washingtons, das sowohl die Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen als auch den ganzen Entspannungsprozeß hemmt. Ich meine, in dieser Situation nimmt die Rolle und Verantwortung der anderen am internationalen Verkehr Beteiligten, namentlich der Länder Westeuropas, ganz besonders zu.

In der erwähnten Fernsehdiskussion wurde gefragt, ob Carter mit seinem jetzigen Kurs nicht die Länder Westeuropas von einer Fortsetzung der Entspannungspolitik abhalten wolle, damit die führende Rolle der USA nicht in Frage gestellt sei. Zu dieser Vermutung liegen einige Gründe vor. Was das Wirtschaftliche betrifft, so ist etwas

über einen Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in die Presse durchgesickert. Es heißt, daß die Länder Westeuropas im Kurs Washingtons einen „raffinierten Versuch“ argwöhnen, „Westeuropa Märkte und Einfluß im Osten zu nehmen“ (so die *Washington Post*).

Wenn aber den führenden Politikern einiger Länder zu glauben wäre, was sie über Westeuropa als ausschlaggebenden weltpolitischen Faktor sagen, so müßte man doch erwarten können, daß sich das auf die Entspannung auswirkt. Die Länder Westeuropas müßten sich doch am ehesten darüber klar sein, was ein Rückfall in die Konfrontation bedeuten kann. Egon Bahr schrieb vor kurzem überzeugend über die Gefahren, die der Beschuß über den Bau von Neutronenbomben nach sich zieht.

Bei Bundeskanzler Schmidts Besuch in Washington merkte man deutlich, wie besorgt die Führung der BRD und der anderen westeuropäischen Länder über eventuelle Folgen der Politik der neuen Washingtoner Regierung ist. Das schwang auch beim kürzlichen Treffen Helmut Schmidts mit dem Präsidenten von Frankreich mit. Man kann nicht gerade behaupten, der Bundeskanzler sei optimistisch aus Washington heimgekehrt. Er erwartet sogar, daß die SALT II ins Stocken geraten.

Wozu kann das führen? Im Sinne des eingangs erwähnten Konzepts werden die Aussichten der Wiener Truppenabbaugespräche trist, sie geraten in eine Zwickmühle.

Man darf natürlich kein Fatalist sein und sich nicht im voraus auf eine „Stockung“ einstellen. Besser ist es, die Möglichkeiten, die die heutige internationale Lage bietet, wirklich zu nutzen. Wichtig ist nicht die Festsetzung einer „Reihenfolge“ für die eine oder andere Entspannungsphase, sondern ein wirkliches Vorwärtskommen in jeder. Nicht wir haben zu bestimmen, was für Schritte Westeuropa im Entspannungs- und Abrüstungsprozeß unternehmen kann, ob es sich zu den sowjetischen Vorschlägen positiv äußern oder andere konstruktive Ideen vorbringen wird. Die sozialistischen Länder haben die Entspannung nie dem Selbstlauf überlassen. Jetzt ist es am Westen, Schritte zu unternehmen, denn man kann die Entspannung nur mit vereinten Kräften zu einer gut ausgebauten Autobahn mit Verkehr in beiden Richtungen machen.

ANGOLA



Die Parole der MPLA lautet: „Der Kampf geht weiter. Der Sieg ist sicher.“

Während der Kämpfe, die die Volksbefreiungsstreitkräfte Angolas Anfang 1976 gegen die südafrikanischen Interventen führten, lernte ich in Uambo den angolanischen Kommandeur Antonio Dodo kennen. Der hochgewachsene, breitschultrige Afrikaner in Uniform, das MPLA-Abzeichen auf dem Barett, eine MPi in den Händen, sagte mir:

„Bald ist der Krieg zu Ende, dann werden wir andere Aufgaben anpacken. Sie sind zahlreich, wir wollen Wohn-, Krankenhäuser und Schulen bauen und den Boden bestellen. Unser Land ist ja so reich. All diese Reichtümer werden wir in den Dienst des Volkes stellen, das das Recht auf Glück mit seinem Blut bezahlt hat...“

Am 27. März 1976 verließ der letzte Soldat der RSA-Streitkräfte die Volksrepublik Angola. Das südafrikanische Militär hatte keinen Ruhm auf den Schlachtfeldern in Angola geerntet. Dessen Streitkräfte hatten den ausländischen Interventen und den einheimischen Marionetten eine vernichtende Niederlage beigebracht. Man muß gesehen haben, wie das Volk, das die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes verteidigt hatte, jubelte, als die Nachricht von der vollständigen Befreiung des Landes kam!

Das Erbe

Der Krieg war zu Ende, hatte jedoch überall seine Spuren hinterlassen: zerstörte Gebäude, einge-

SCHWERER, ABER RICHTIGER WEG

Nikolai SEMJONOW

schlagene Fenster, Granattrichter und Pockennarben von MPi-Garben an Häusermauern und Baumstämmen. Der Krieg hatte auch Tausende Verkrüppelte und Hunderttausende Obdachlose hinterlassen.

Durch die Kriegshandlungen waren in Angola bis zu 50% der Industriebetriebe in Mitleidenschaft gezogen. Die Feinde hatten über 100 Brücken in die Luft gesprengt. Viele Farmen und Kaffeefeldern waren vernichtet.

Die Anzahl der Kraftfahrzeuge war stark zurückgegangen. Die portugiesischen Kolonisten hatten per Schiff 3000 Pkw und 28 000 Lkw abtransportiert, und was sie nicht mitgehen lassen konnten, hatten sie verbrannt. Viele Taxis, Busse, Traktoren, wertvolle Ersatzteile und Mechanismen waren in den Ozean abgeworfen worden, damit sie ja nicht den Angolanern verblieben. In ihrer Wut zerschlugen die Kolonialisten die Waschbecken und demolierten die Toiletten in den Häusern, zerrissen die Leitungen, schlugen Glühbirnen kaputt und setzten die Wasserleitungen außer Betrieb.

Dieses Erbe mußte Angola nun antreten.

Vor kurzem war ich erneut in Uambo und konnte wieder Antonio Dodo sprechen. Ebenso wie viele andere Kommandeure und Politoffiziere der Armee ging er auf einen Aufruf der Volksbewegung für die Befreiung Angolas in der Volkswirtschaft arbeiten. Natürlich erinnerte er sich an unser damaliges Gespräch und sagte, nun sei sein Traum in Erfüllung gegangen: Zusammen mit seinen gestrigen Waffenkameraden arbeite er in einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Ein Zeichen der Zeit: Neben den alten Lösungen an den Häusermauern — „Alles für die Front, alles für den Sieg über den Feind!“ — sieht man heute neue: „Wir wollen arbeiten, wie die FAPLA-Truppen kämpften!“ und „Arbeit, Disziplin, Wachsamkeit!“

Unter Führung der MPLA heißt das Volk Angolas die Kriegswunden. Industriebetriebe, Brücken und Straßen werden wieder aufgebaut, Wohnhäuser repariert. In Luanda haben eine Textilfabrik, ein Kabelwerk und andere Betriebe die Produktion wieder aufgenommen. Die

Verwaltung liegt in den Händen von Arbeiterkommissionen. Alle Ämter haben ihre Arbeit aufgenommen. Der hauptstädtische Hafen hält seinen Arbeitszeitplan genau ein: Schiffe aus vielen Ländern, darunter aus der UdSSR, werden rechtzeitig gelöscht. Ebenso wie in vielen anderen Städten des Landes wird in Luanda viel gebaut. Bis Jahresende wollen die Bauleute in der Hauptstadt allein 3500 neue Wohnungen, zwei Krankenhäuser, vier Schulen und ein Handelszentrum fertigstellen.

Von besonderer Bedeutung sind landwirtschaftliche Reformen. Die Gründung eines staatlichen Handelsnetzes hat die Bauern von den Vermittlern befreit. Heute verkaufen sie ihre Erzeugnisse direkt und zu festen Preisen an den Staat. Von den entstehenden Produktionsgenossenschaften erwartet man, daß sie intensiv zur Hebung der Landwirtschaft beitragen. Besonders relevant sind sie für die Produktion von Kaffee, des wichtigsten Exportartikels Angolas.

Während der Okkupation der Südgebiete hatten die Rowdys aus den Spalterorganisationen UNITA und FNLA große Herden von Rassevieh vernichtet. Die südafrikanischen Soldaten hatten von den grünen Weideflächen Uambos, der fruchtbaren und dichtestbesiedelten Provinz, 15 000 Stück Nutzvieh abgetrieben. Heute trifft man energische Maßnahmen, um die Viehzucht wieder zu beleben. Auch der Fischfang kommt in Gang, u. a. mit Hilfe der UdSSR.

Banken, Betriebe der Zement-, der Metall-, der Nahrungsmittelindustrie, ferner Kaffeefeldern und Wohnhäuser ehemaliger Kolonialisten werden verstaatlicht. Zu Beginn d. J. wurde eine Finanzreform durchgeführt. Anstatt des Escudo der Kolonialzeiten besteht nun die neue Währungseinheit Kwanza (benannt nach einem Strom in Nordangola). Das wird das Land wirtschaftlich festigen und Devisenmächten einen Riegel vorschließen.

Die Reform der Wirtschaft geschieht unter Führung der MPLA. Sie stellt folgende Aufgaben zur Entwicklung des Landes: in nächster Zeit das Produktionsniveau von

1973 zu erreichen, die Politik der Verstaatlichung fortzusetzen, die materiell-technische Basis des Sozialismus zu schaffen und die Planmäßigkeit in der Wirtschaft zu fördern, wobei die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als entscheidender Faktor der Entwicklung betrachtet werden.

Die neuen Bedingungen erheischen eine Verschiebung der Akzente und die Festigung der gesamten Arbeit in der MPLA. Vor allem damit wird sich der I. Parteitag beschäftigen, der spätestens im 3. Quartal 1977 einberufen werden soll. Auf dem Parteitag, dem man hier schon heute große Bedeutung beimißt, soll erörtert werden, wie die MPLA eine bisher in ihrer Zusammensetzung bunte Bewegung zu einer einheitlichen Avantgardepartei, die sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus leitet, zu entwickeln ist. In Angola versteht man, daß nur eine solche Organisation den revolutionären Prozeß auf seinen weiteren Phasen leiten und das Land den Weg sozialistischer Orientierung führen kann.

Zum Schutz der Revolution

Obwohl die Hauptkräfte des Widerstands gegen die angolanische Revolution zerschlagen sind, ist es im Lande noch nicht ruhig. In den Wäldern treiben vereinzelte Banden von UNITA und FNLA ihr Unwesen: Sie greifen friedliche Dörfer an, verminen Brücken und Straßen. Unsicher ist die Situation auch an der Grenze zu Namibia, wo die Rassisten ständige Provokationen einfädeln. Gegen die Banditen kämpfen die Volksbefreiungs Kräfte Angolas und die Organisation der Volksverteidigung. Ihr Kernstück sind Aktivisten der MPLA und Mitglieder ihrer Jugendorganisation. Sie bewachen Industriebetriebe und Siedlungen. Die Volksmacht ruft die Bevölkerung auf, wachsam zu sein und entschieden diejenigen zurückzuweisen, die sich an den revolutionären Errungenschaften vergreifen.

Unlängst wurde das Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht für die Bürger im Alter von 18–35 Jahren erlassen. Ich habe gesehen, wie sich an Einberufungsorten auch Jungen und Mädchen unter 18 Jahren einstellten. Sie wollen zur Armee, wollen gegen die Feinde Angolas kämpfen, die seine Unabhängigkeit bedrohen.

Sehr aktuell ist die Aufgabe, den reaktionären Manövern zur Spaltung

der patriotischen Kräfte entgegenzuwirken. Das Problem ist nicht neu. Auf dem ZK-Pleenum der MPLA im Oktober v. J. wurde eine Resolution über die Einheit in der Regierungspartei beschlossen. Darin wurde u.a. festgestellt, daß die Wühltätigkeit von Gruppen, die mit der inneren und auswärtigen Reaktion sowie mit ultralinken Elementen verbunden sind, das Ziel verfolgt, „ideologische Schwierigkeiten zu provozieren“ und die Partei von innen her zu spalten. Deshalb wurde beschlossen, solche Umtriebe energisch zu verurteilen und die MPLA-Mitglieder zur größeren Wachsamkeit gegenüber den Spaltungsversuchen des Imperialismus aufzurufen. Das spätere Geschehen zeigte, wie rechtzeitig diese Mahnung war. Bekanntlich versuchte eine Gruppe parteifindlicher Elemente am 27. Mai d. J. einen Staatsstreich in Angola. Der Versuch scheiterte, die wichtigsten Verschwörer wurden verhaftet.

„Im Ausland“, sagte Präsident Agostinho Neto, „werden in diesem Zusammenhang viele Hirngespinste verbreitet. Wir haben es nicht nötig, auf all das Gerede zu antworten. Auch künftig werden wir den von der MPLA festgelegten Kurs zum Sozialismus steuern.“

Gespräch mit dem Präsidenten

Zehn Kilometer vor Luanda befindet sich ein zweiter Amtssitz des Präsidenten des Landes. In dieser einstöckigen Villa empfängt er nicht selten seine Landsleute und Gäste aus dem Ausland. Ich wurde für 17 Uhr eingeladen. Am Eingang sah der Posten sich meinen Korrespondentenausweis an und grüßte mich mit den Worten: „A vitória é certa!“ (Der Sieg ist sicher!). Im Empfangsraum saß an einem kleinen Tisch, auf dem nur ein schwerer Aschenbecher und ein Krug mit Ananassaft standen, ein bescheiden gekleideter, bebrillter Mann mit dichtem grauemelfertem Haar: Agostinho Neto. Mir ging es darum, seine Meinung über den außenpolitischen Kurs Angolas und die Weltlage zu hören.

„Mit aller Bestimmtheit möchte ich betonen“, sagte mir Präsident Neto, „daß wir unseren größten Feind in dem von den USA gelenkten Weltimperialismus sehen. Dagegen haben wir an den Staaten, die uns im Kampf gegen die Kolonialisten wirksame Hilfe erwiesen und es auch jetzt tun, wahre Freunde.“

Seit Beginn des gerechten Kampfes der Angolaner für Freiheit und Unabhängigkeit haben wir sehr gute Beziehungen zur UdSSR und möchten aufrichtig, daß sich unsere Zusammenarbeit festigt. Ich wünsche den Völkern der Sowjetunion von ganzem Herzen noch größere Erfolge auf allen Gebieten im Interesse des Friedens und Fortschritts in der ganzen Welt.“

Beim Klang der ruhigen und bestimmten Worte des Präsidenten mußte ich an den Lebenslauf dieses hervorragenden Afrikaners denken. Schon in der Kindheit wußte er, wie schwer es ein Arbeiter hat. Er war begabt und mußte sich trotzdem unglaublich bemühen, um nach Portugal zu reisen und an der Medizinischen Fakultät der Universität Lissabon zu studieren. Seine Interessen waren aber viel umfassender. Er wurde zu einem Führer der dortigen antifaschistischen Jugendbewegung, eignete sich allmählich die marxistisch-leninistische Lehre an. In den gleichen Jahren entstanden seine ersten Gedichte.

Nach der Promotion an der Universität Pôrto 1958 verging noch ein Jahr, bevor Dr. med. Neto nach Angola zurückkehrte. Er praktiziert, behandelte arme Leute unentgeltlich und leistete zugleich illegal eine große politische Arbeit. Wegen revolutionärer Betätigung wurde er wiederholt eingesperrt, was jedoch seinen Willen nicht brechen konnte. Ende 1962 wurde er zum MPLA-Vorsitzenden gewählt. Auf diesem Posten leitete er über 10 Jahre den bewaffneten Befreiungskampf gegen die portugiesischen Kolonialisten. Seit November 1975 ist Agostinho Neto Präsident der VR Angola. Das Volk achtet und liebt ihn. Zu jeder Kundgebung, auf der er spricht, strömen die Massen herbei. Sehr populär sind seine Gedichte, weil sie vom Denken und Fühlen des Volkes Angolas inspiriert sind. Vom Willen der überwiegenden Mehrheit des Volkes ist auch die vielseitige politische Tätigkeit Netos geprägt. Es ist selbstverständlich, daß seine Unterschrift unter dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR steht.

Die junge Republik, die sich für einen keinesfalls einfachen, aber richtigen Entwicklungsweg entschlossen hat, stützt sich auf die sozialistische Gemeinschaft. Hierin sehen die fortschrittlichen Angolaner ein Unterpfand für Angolas weitere Erfolge.

Luanda, im Juli



Das X. Internationale Filmfestival in Moskau, das sich zu einem Ereignis im kulturellen Leben der Welt gestaltete, ist zu Ende. Unser Korrespondent W. Rosen ersuchte den Vorsitzenden der Jury für abendfüllende Spielfilme Stanislaw ROSTOZKI, Volkskünstler der UdSSR, und den Vorsitzenden der Jury für Kurzfilme Alexander MEDWEDKIN, sich zu den beiden Filmwochen zu äußern.

Stanislaw Rostozki sagte: „Heutzutage werden viele Filmfestivals veranstaltet, und jedes hat seine Spezifik. Ein Wesenszug des Moskauer Festivals ist sein repräsentativer Charakter: An keinem anderen beteiligen sich so viele Länder und so viele Filme. In diesem Sinne könnte man unser Festival sogar, glaube ich, als Weltfestival bezeichnen. Dies allerdings würde seinen Organisatoren eine ganz besondere Verantwortung auferlegen. Man darf nämlich nicht mechanisch Filme aus Ländern, in denen diese Kunst erst im Entstehen ist, mit solchen von Staaten mit einer hochentwickelten Kinematographie vergleichen. Das würde bedeuten, die Bewerber mit zweierlei Maß zu messen. Zudem begrüßen wir stets den Nachwuchs, das macht einen weiteren Wesenszug der Moskauer Festspiele aus. Streifen der jungen Länder zeigen uns in der Regel ein neues Stück Leben. Ein solches Verfahren hat keine schlechten Früchte gebracht. In diesem Jahr sahen wir, wie viel die Autoren einiger Filme, die ihre Werke in Moskau früher gezeigt hatten, inzwischen dazugeleert haben.“

Übrigens finde ich den Ausdruck „politisch engagierter Film“ verwirrend. Ein jeder Streifen ist Politik, und wenn Politik darin überhaupt fehlt, ist das ebenfalls Politik, nämlich der Wunsch, den Zuschauer von den brennenden Gegenwartsproblemen abzulenken. Gebraucht man besagten Terminus doch, so kann ich sagen: Es gab recht viele politische Streifen, besonders aus Ländern, in denen um die Unabhängigkeit gekämpft wird.“

Viele Filme beschäftigen sich mit den sogenannten kleinen Leuten, so

ZWEI WOCHEN FILM IN MOSKAU

z. B. die prämierten Filme „Wochenende“ (Spanien), „Mimino“ (UdSSR) und „Der Schatten der Schlösser“ (Frankreich).

Das „Wochenende“ des spanischen Regisseurs Juan Antonio Bardem hatte großen Publikumserfolg. Die literarische Vorlage schrieb Bardem im Gefängnis. Die Wandlungen im politischen Klima Spaniens haben dem Autor die Freiheit gebracht. In wenigen Monaten schuf er nun seinen bemerkenswerten Film. Die Hauptfigur, ein ursprünglich apolitischer Mann, ringt sich zum Wesen vieler Ereignisse um ihn durch. Der Streifen, der einen Goldpreis erhielt, verrät ein hohes künstlerisches Können, ist sehr fein und humorvoll.

Einen Goldpreis erhielten ferner die Filme „Das fünfte Siegel“ (Ungarn) und „Mimino“, einen Silberpreis die Streifen „Omar“ (Algerien), „Bassin“ (Bulgarien) und „Der Schatten der Schlösser“.

Die Jury hatte es nicht leicht“, betont Stanislaw Rostozki. „In Betracht kamen das Gewicht der angeschnittenen Probleme und selbstverständlich der künstlerische Wert. Wir stritten miteinander. Zahlreiche Preise wurden von verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen gestiftet und waren nicht nur für die Filme im Wettbewerb, sondern auch für solche außerhalb des Wettbewerbs bestimmt. Das ist ebenfalls eine Tradition unseres Festivals.

Die Sowjetunion ist das einzige Land, das diese Festspiele in seiner Hauptstadt veranstaltet. Das ist von Interesse für die Teilnehmer, denn aber etwas beschwerlich für die Gastgeber. Die Gäste sehen sich die Filme an, aber darüber hinaus fahren sie in Kollektivwirtschaften und Industriebetriebe, kommen mit sowjetischen Zuschauern zusammen und beteiligen sich an Diskussionen mit unseren Filmleuten. Auch hierin sehe ich einen wichtigen Zug des Moskauer Festivals. Die schöpferischen Kontakte sind sehr notwendig, nicht zuletzt deshalb, weil die sowjetische Filmkunst jenseits der sozialistischen Gemeinschaft noch wenig bekannt ist, übrigens nicht aus unserer Schuld. Ich bin überzeugt“, stellte Stanislaw Ro-

stozki abschließend fest, „die persönlichen Kontakte zwischen den Filmleuten haben ihnen allen beträchtlichen Nutzen gebracht.“

Alexander Medwedkin meinte: „Die Jury des Wettbewerbs für Kurzfilme mußte ungewöhnlich viele und mannigfaltige Streifen beurteilen: 89 aus 52 Staaten. Unter ihnen waren nicht wenige sehr engagierte Filme, von jungen Menschen gemacht, die aus den Ländern kamen, die ihren selbständigen Entwicklungsweg eben erst beschritten haben. Ein Beispiel wäre der anglo-

einen der drei Silberpreise zugetragen. Ein weiteres, nicht minder wichtiges Thema ist der Kampf gegen die Offensive der Reaktion, gegen die Wiederbelebung des Faschismus. Mit Goldpreisen zeichneten wir zwei sehr gekonnte Filme aus, darunter den Streifen „Meiers Nachlaß“ der begabten jungen Film-publizisten aus der DDR Gerhard Scheumann und Walter Heynowski. Als Anhaltspunkt dient ihnen eine Versteigerung, bei der in einer aufgepeitschten Atmosphäre „Andenken“ aus Görings Erbe an den Mann gebracht wurden. Dokumentarisch berichten die Autoren über die Versuche der Neofaschisten in der BRD, die Revancheidee wiederauferstehen zu lassen. Einen zweiten Goldpreis erhielt der spanische Film „Vismar-Schlucht“, der spannend über Garcia Lorca berichtet.

Ein Silberpreis wurde dem so-

Im Sowjetischen Friedenskomitee wurden am 21. Juli Preise an Teilnehmer des X. Internationalen Filmfestivals überreicht, in deren Werken der Themenkreis Friede, Humanismus und Völkerfreundschaft seine vollständigste Widerspiegelung fand.

Folgende Filme haben Preise des Sowjetischen Friedenskomitees erhalten: „Die Stadt reiten“ [Polen], „Victor Hara singt“ [Großbritannien], „Mit den Augen der Filmkamera“ [Frankreich]. Ehrenurkunden wurden den Filmleuten aus Panama („Unsere Lieder“), Guayana („Der erste Schritt“), Peru („Dort, wo die Kondore zur Welt kommen“), der Mongolei („Der unvergessliche Herbst“) und den Niederlanden („Schweigende Liebe“) überreicht.

Der Sowjetische Ausschuß für die Afro-Asiatische Ländersolidarität zeichnete folgende Streifen aus: „Königliche Jagd“ [Indien], „Darüber, was war“ [Angola], „Das demokratische Jemen — eine neue Gesellschaft“ [VDR Jemen], „Lied der Arbeit“ [Irak] und ein Programm der Dokumentarfilme der PLO.

Der Streifen „Ein Land im Untergang [Dänemark 1980]“ erhielt den Preis und das Diplom des Sowjetischen Komitees für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit.

lanische Streifen „Darüber, was war“. Die Filmautoren kamen in ein gewöhnliches Dorf und batn alte Leute, sich an die koloniale Vergangenheit zurückzuerinnern. Ein alter Bauer erzählt denn auch von jener düsteren Zeit, erst schüchtern, dann wird seine Stimme immer lauter. Der Ansager spricht bloß einen kurzen Kommentar ein. Der Film fand eine herzliche Aufnahme.

Viele Werke waren eindeutig von sozialer und politischer Thematik beherrscht, ihr tieferer Gehalt ist der Kampf für ein besseres Leben, für revolutionäre Umgestaltungen. Solche Streifen sind eine starke Waffe. Die Türkei z. B. hatte den Film „Verboten“ beigesteuert. Die Autoren fordern, daß den lebenswichtigen Interessen der Werkstätigen Rechnung getragen wird, und setzen sich für soziale Umgestaltungen ein. Wir haben dem Film

wjetischen Kameramann und Raumflieger Juri Glaskow zuerkannt, und zwar für seinen einzigartigen Film „Dienstreise zum Orbit“. Ein Silberpreis ging an den Streifen „Neue Adressen“ aus der SR Vietnam, einen Film über die Umstellung des Landes auf den Frieden.

Einen Sonderpreis sprach die Jury dem Filmprogramm der Patriotischen Kräfte Chiles zu: „Hitler-Pinochet“, „Die Revolution ist nicht aufzuhalten“ und „Diese Augen, diese Hoffnungen“. Die Vorführung und der Chile-Abend gestalteten sich zu einem eindrucksvollen Ereignis des Festival. Die Nacht über Chile ist nämlich ein internationales Problem und der Kampf gegen Pinochet und die Reaktionäre, die ihm den Rücken steifen, Pflicht aller aufrechten Menschen der Erde, Pflicht also auch der Kunstschaaffenden.“

LÄNDER UND KONTINENTE

TIROL IN SONNE UND NEBEL

Igor MELNIKOW

„Schaun's“, sagt der Hotelier Oswald Albert und führt mich an das dunkle Fenster, „der Berg sieht so richtig von oben herab auf uns Menschen. Am Tag steht nur die Sonne höher, nachts die Sterne. Wenn ihn Wolken verhüllen, bringt er sich durch das Brausen der Gebirgsbäche und einen dichten Nebel in Erinnerung, den man fast mit den Händen greifen kann.“

Ich sehe ihn etwas erstaunt an. Es spricht ja wie ein Dichter, dieser Mann, der immer prosaische Berufe ausgeübt hat. Etwa 20 Jahre war er Lokführer bei der Österreichischen Bundesbahn. Bei einer Katastrophe wurde er invalid. Jetzt leitet er ein kleines Hotel am Rand der Tiroler Hauptstadt Innsbruck. Er nennt es „Haus zur Sonne“.

Sein gebräutes Gesicht ist wie in Stein gehauen. Er hat hohe Backenknochen und ein energisches Kinn, ist also ein Typ, wie ihn der hier bekannte Maler Walde oft malte. Solche Männer eilten zu den Fahnen des Bauerngenerals Andreas Hofer und schlugen die sonst siegreichen Truppen des mit Napoleon verbündeten Bayernkönigs. Wer seine Heimat so liebt, kann sehr wohl wie ein Dichter von ihr sprechen.

Albert überließ das Hotel seinem Sohn (mit seinen 19 Jahren hat Gottfried im Landeswettbewerb der Köche schon die Bronzemedaille gewonnen) und zeigte mir die Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Am Innufer, von dem man einen guten Ausblick auf die Betonriesen des olympischen Dorfes hat, blieben wir vor einem zylindrischen Bau stehen. Wir stiegen die steile Wendeltreppe hinauf und sahen uns ins Jahr 1809 versetzt. Ein von hierigen Malern mit viel Sorgfalt ausgeföhrtes Rundbild stellt die Schlacht der Tiroler gegen Napoleons



Heer dar, Feuerschein über dem Vorort Lemmenhof. Ein Nahkampf der Bauernbataillone Andreas Hofers. Er selbst mit schwarzem Vollbart, in grüner Lodenjoppe und breitkrempigem Hut. Nicht weit von ihm eine Bäuerin, die einem Verwundeten zur Stärkung ein Glas Rotwein reicht.

In der alten Hofkirche zeigt mir mein Begleiter das Grabmal Andreas Hofers. Ein Verräter hatte die Franzosen zu der Alpenhütte geführt, in der sich der verwundete Held verborgen hielt. Der Verrat wird in vielen Tiroler Legenden gebrandmarkt.

Ein Gipfel der nördlichen Alpen heißt Hüt, einer Legende zufolge nach einer schönen, aber herzlosen Fürstin. Sie soll sehr reich gewesen sein, aber einmal beim Ausreiten einer armen Bäuerin, die ein hungriges Kind auf dem Arm trug,

statt Brot einen Stein gegeben haben, worauf ein Blitz vom Himmel fuhr und die Hüt zu Stein erstarren ließ. In Innsbruck sieht man den Berg von überall. Er ähnelt tatsächlich einer Reiterin zu Pferde. Fresken über die Legende sind in vielen alten Häusern der Stadt zu sehen.

Der „Troll“ Hoheneg

Der industrialisierte Fremdenverkehr hat die Alpen zugänglicher gemacht. In wenigen Stunden gelangt man mit der Drahtseilbahn aus tiefen Tälern zum ewigen Schnee.

Gegen Mitte des 13. Jahrhunderts soll die Landschaft ihren Namen von einer uneinnehmbaren Burg bekommen haben. Vorher hieß sie einfach das Land in den Bergen. Jeder Fluss und jeder Bach entspringt zwischen Felsen, jedes Dorf hat „seinen“ Berg. Hier gibt es keine Ebenen, wenn man Ausschau halten will, muß man kraxeln.

Nicht so ewig wie die Berge, aber doch fest stehen die Tiroler Burgen. Es gibt allein 38 große. Die einen stehen in dichten Eichenwäldern, andere wie warnend auf Felsenhöhen. Die meisten haben Festigungen der römischen Legionäre zum Fundament. Manche sind nur noch Ruinen. Andere haben Gemächer mit wundervollen Fresken,

Diese moderne Autobahn führt in nord-südlicher Richtung durch ganz Tirol



Schnitzereien, Ritterrüstungen und alten Waffen.

Im Rathaus des Städtchens Hall fühlen wir uns in ein einzigartiges Museum versetzt. Um die Einrichtung des Bürgermeisterzimmers könnte jede Ausstellung mittelalterlicher Möbel Hall beneiden. Ein massiver Tisch, Sessel mit feinsten Schnitzereien, Truhen mit schmiedeeisernen Spangen und musikalischen Schlossern. Hofrat Hoheneg, der uns durch das Rathaus führt, scheint ebenso alt wie sein Titel zu sein. Der hagere, sehnige Achtzigjährige in Krachledernen und Tuchweste mit Hirschhornknöpfen erzählte uns mit seiner Greisenstimme die Geschichte von Hall.

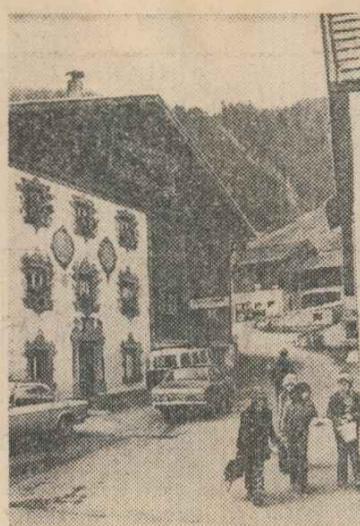
„Solche alten Leute, die ihre Heimat über alles lieben und vorzüglich kennen, gibt es in jedem Städtchen, jedem Dorf“, flüstert mir in einer Pause Vizebürgermeister Leopold Wagner zu, der uns begleitet. „Wie die Trolle, die guten Berggeister, halten sie die alten Überlieferungen lebendig.“

Bittere „Sozialpartnerschaft“

Später führte uns Herr Wagner zum Münzturm, in dem bis Anfang des vorigen Jahrhunderts das Geld Tirols gemünzt wurde. Lange dauerte der ermüdende Aufstieg auf der knarrenden Wendeltreppe. Aber unsere Mühe wurde belohnt. Herr Wagner öffnete feierlich ein Safianetui, entnahm ihm ein Silberplättchen etwa von der Größe eines Pfennigs und tat es in den zeitgeschwärzten Prägstock. Ich durfte den schweren Hammer führen und bekam die Silbermünze mit dem Wappen Halls zum Andenken.

„Unsere Stadt hat das Recht behalten, Gedenkmünzen zu prägen“, sagt der Vizebürgermeister und fügt lächelnd hinzu: „Leider rettet uns auch das nicht vor der Inflation und vor anderen wirtschaftlichen Mißständen.“

Hall hat vier Betriebe: eine kleine Eisengießerei, eine in ganz Tirol bekannte Käsefabrik und zwei



Solche bemalten Fassaden sind keine Seltenheit

Textilfabriken. Die Flaute hat alle in Mitleidenschaft gezogen: Die Zahl der Beschäftigten hat abgenommen, mehrmals mußte Kurzarbeit verfügt werden.

„Gott sei Dank brauchen sich die Tiroler hier nicht zu sorgen“, fährt Herr Wagner fort. „Schlimmer steht es um unsere Landsleute, die nach der BRD gingen. Dort verloren sie die Arbeit, mußten heimkehren, und es hat Wochen gedauert, bis sie hier Stellung fanden. Das Ventil gegen eine Überhitzung ist der Abbau türkischer, italienischer und jugoslawischer Gastarbeiter.“

Als Funktionär der bürgerlichen ÖVP sprach Wagner wie von etwas Selbstverständlichem darüber — man hat eben Ballast über Bord geworfen. Für die „Gastarbeiter“ setzten sich nur die Kommunisten von Hall ein. Ihre Ortsgruppe ist in den letzten Jahren wesentlich größer und actionsfähiger geworden.

Von der Krise sind außer Kleinbetrieben wie denen in Hall auch die Großbetriebe Tirols nicht verschont geblieben. In Absam, nicht weit von Innsbruck, war ich bei der Firma Swarovski, die optische Geräte, Schleifmaterial und Verkehrszeichen herstellt.

Den Besitzer hatte ich schon in

Wien kennengelernt, als ein Abkommen über Zusammenarbeit mit sowjetischen Betrieben unterzeichnet wurde. Manfred Swarovski sen. gilt als weitblickender Mann und gerechter Unternehmer. Seine Arbeiter haben zum Teil erschwingliche Betriebswohnungen, der Betrieb hat Kindergärten und Sportplätze (die Fußballelf der Firma gehörte mehrere Jahre hintereinander bei den Landesmeisterschaften zur Oberliga).

Die Lage auf dem „freien“ Markt macht aber keinen Unterschied zwischen „guten“ und „bösen“ Unternehmen. Als Anfang 1975 der Export nach Westeuropa und den USA bedeutend abnahm, erging es der auf den Export eingestellten Firma schlecht. Über 1000 Arbeiter wurden gekündigt.

„Offen gestanden hätte uns das noch schwerer getroffen, wenn wir nicht so guten Kontakt mit den sozialistischen Ländern hätten“, sagt Herr Swarovski. „Fast ein Drittel unseres Schleifmaterials nehmen die RGW-Staaten ab. Sie sind korrekte, zuverlässige Handelspartner. Wir haben einige Abschlüsse mit ihnen und außerdem Abkommen über technische Zusammenarbeit.“

Die Erfahrungen dieses Tiroler Unternehmers zeugen davon, daß diejenigen österreichischen (und nicht nur österreichischen) Industriellen zweifellos im Vorteil sind, die sich nicht nur auf ihre westlichen Partner verlassen, sondern vielseitige Kontakte zu den sozialistischen Ländern und den jungen Staaten Asiens und Afrikas anknüpfen und sie immer mehr ausdehnen. Anderseits haben die Erschütterung, die die Firma durch die Krise erlitt, und der Massenabbau gezeigt, wie unhaltbar die Behauptung ist, daß das System der „Sozialpartnerschaft“ in Österreich unverwundbar sei.

Dem Laien mag dieses „System“ tatsächlich rationell und sogar gerecht vorkommen. Bei Streitfragen setzen sich die „Partner“ — Unter-



Im Zentrum von Innsbruck, der Hauptstadt Tirols

Fotos TASS

nehmer, Gewerkschafter und Arbeiter — zusammen, hören einander an, diskutieren und machen dann Empfehlungen für Preise, Löhne, Steuern oder Kredite, die dem Parlament zur Bestätigung eingereicht werden. Völlig demokratisch. Alle drei Seiten bemühen sich gemeinsam um eine bessere „Lebensqualität“, wie man im Westen sagt.

„Aber Gott ist im Himmel, und der König ist weit“, sagte mir spöttisch ein Bekannter, ein Tiroler Kommunist. „Was die Arbeiter beschäftigt, darüber entscheiden andere. Sallinger, der Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Benya, der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, und noch ein paar hohe Herren von der Paritätischen — die sind es, die heute in Österreich über das Geschick des arbeitenden Menschen bestimmen. So war es früher, und so ist es noch jetzt, und daß es damit anders wird, ist nicht abzusehen.“

Hat der Bauer Probleme?

Aber kommen wir auf „Tiroler“ Probleme zurück. Mit dem Einzug der modernen Industrie und der Entwicklung des internationalen Fremdenverkehrs kommt Tirol allmählich von seiner patriarchalischen Lebensweise ab. Die Hauptrolle spielt aber nach wie vor die Bauernschaft. Auf dem Wappen Tirols sind in die Federn des Adlers Kleeblätter eingeflochten, und sein Haupt krönt ein grüner Kranz.

Wie in früheren Jahrhunderten, so kommt den Tiroler Bauern sein täglich Brot sauer an.

Einen ganzen Abend unterhielt ich mich mit Hans Astner, dem Vor-

sitzenden der Landwirtschaftskammer Tirols. Er erzählte:

„Die Trennung in Unterland- und Oberlandbauern reicht in die Geschichte zurück. Die ersten pflanzen mehr Wein, Hackfrüchte, Obst und Gemüse, die letzteren sind mehr auf die Forst- und Viehwirtschaft spezialisiert. Tirol stellt 40% des Viehs, das Österreich ausführt. Zum Scherz sagt man, daß der Tiroler Bauer niemals Kopfweh hat. Naja, bei der Höhenluft! Was ihm aber doch Kopfschmerzen macht, das sind die niedrigen Ankaufspreise für Agrarprodukte, die hohen Bankzinsen für Kredite und die endlose Inflation, die den ohnehin überanspruchten Geldbeutel des Bauern leerst. Viele kommen nur aus, wenn sie Zimmer an Touristen vermieten.“

Auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten kam ich auch mit dem Tiroler Regierungschef, Herrn Wallnöfer, zu sprechen. Er sagte:

„Wenn das ein Trost ist, kann ich sagen, daß es um die Wirtschaft bei uns nicht schlechter als in den anderen österreichischen Bundesländern bestellt ist. Sie ist von der Rezession ziemlich schwer mitgenommen, Tirol hat ein akutes Beschäftigungsproblem. Fest ist wohl nur eine Stütze der Wirtschaft: der Fremdenverkehr. Er bringt uns Devisen ein, wir können im Gaststättenwesen Tausende beschäftigen, die sonst arbeitslos wären. Unsere Rettung sind unsere Berge, Wälder und Seen.“

Innsbruck—Wien

DISKUSSION MIT DEM LESER

Aus einigen Reden Präsident J. Carvers folgt, daß die USA zu den radikalsten Abrüstungsmaßnahmen bereit seien, die UdSSR jedoch nicht. Was können Sie darauf erwidern?

Tom IRVIN
Boston, USA



Es diskutiert

NZ-Redaktionsmitglied

Wladlen KUSNEZOW

Ich hoffe, Herr Irvin, Sie würden mir beipflichten, daß es nichts Radikales als die allgemeine und vollständige Abrüstung gibt. Nur so könnte man ein für allemal ein Problem lösen, das die Menschen seit den Zeiten bewegt, als ihre fernen Vorfahren zum ersten Mal Keule, Steinbeil oder andere Waffen in die Hand nahmen. Sich jedoch vollkommen der Waffen zu entledigen, ist — wie wir alle wissen — gar nicht so einfach.

Es sind nur Teilmäßigungen, was in den letzten Jahrzehnten erreicht wurde. Und das ist natürlich schon etwas wert: Die Maxime „alles oder nichts“ ist schwerlich auf die Weltpolitik anwendbar. Um so weniger auf eins ihrer kompliziertesten Probleme, das die Sicherheit der Staaten — und jetzt kann man sagen, auch ihre pure Existenz — so berührt wie die Abrüstung. Deshalb tritt die Sowjetunion für jegliche, auch sehr begrenzte Maßnahmen und Beschlüsse ein, die zur Eindämmung des Weltfriedens führen.

Das heißt jedoch keineswegs, daß Moskau das Endziel aus dem Auge verliert. Im Gegenteil, die sowjetischen Vertreter versuchen sowohl bei bilateralen Verhandlungen in Organen, die sich mit der Abrüstung beschäftigen, als auch in der UNO, ihre Partner davon zu überzeugen, daß die Kriegsgefahr mit Teilmäßigungen nicht vollständig zu beseitigen ist. Das kann man nur über eine allgemeine und vollständige Abrüstung erreichen.

Darauf ist nur deshalb zu verweisen, weil mit dem Einzug der neuen Administration ins Weiße Haus gewisse Leute versuchen, beinahe alle Abrüstungsinitiativen so wie damals die Goldadern von Klondike für ihr eigen

zu erklären. Es heißt, Washington sei von heut auf morgen bereit, sich von den Waffen zu trennen, aber Moskau sei noch nicht reif, die allumfassenden und weitgehenden USA-Projekte zu akzeptieren. Der Pressesekretär des Weißen Hauses J. Powell erklärte sogar, daß die USA jetzt hinsichtlich der Reduzierung der Atomrüstungen mehr Initiative zeigten als die Sowjetunion und andere Länder. Bisher dachte ich, es gibt nur in der Literatur ein Plagiat. Es zeigt sich, daß es auch ein diplomatisches gibt. Die Vorschläge, die von einigen Washingtoner Politikern als Erstentdeckungen ausgegeben werden, liegen schon lange auf dem Verhandlungstisch. Erlauben Sie, Herr Irvin, Ihnen die Fakten ins Gedächtnis zu rufen.

Die Sowjetregierung verkündete ein breit angelegtes Programm der allgemeinen Abrüstung schon 1922 in Genua, wo die erste große Internationale Konferenz unter Beteiligung des Sowjetstaates zusammentraf. In der Nachkriegszeit, genauer 1959, brachte die UdSSR in der UNO eine Deklaration zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung ein. Diese sah vor: Auflösung aller Streitkräfte; Vernichtung von Waffen und Militärtechnik aller Art, einschließlich Atom- und Raketenwaffen, Mittel der chemischen und bakteriologischen Kriegsführung; Beendigung der Militärausbildung und Abschaffung des Militärdienstes in jeglicher Form, Auflösung der Kriegsministerien, Generalstäbe und anderen Militärorganisationen,

keine weitere Bereitstellung von Mitteln für Kriegszwecke. Den Staaten sollten streng begrenzte und mit leichten Schußwaffen ausgerüstete Polizei- bzw. Milizkontingente zur Verfügung stehen, um die Ordnung und die Sicherheit der Bürger zu schützen. 1962 brachte die Sowjetunion im Abrüstungsausschuß einen Vertragsentwurf zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle ein.

Anfang dieses Jahres ergriff man in Washington Initiativen, um die Entwicklung und Produktion neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Ein entsprechender Vorschlag war jedoch schon 1975 von der UdSSR gemacht worden...

Ich denke, Herr Irvin, das sind genügend Fakten, um beurteilen zu können, wer wirklich in den radikalen Abrüstungsmaßnahmen führend ist. Ich möchte hinzusetzen, daß Moskau nicht im geringsten das Monopol darauf beanspruchen will, sondern bereit ist, jegliche Initiativen Washingtons oder des Westens überhaupt, die auf die Begrenzung und Beendigung des Weltrüstens abzielen, zu unterstützen. Jedoch in letzter Zeit muß man leider das Gegenteil feststellen. Diejenigen, die sich als Verfechter der atomaren Abrüstung ausgeben, sanktionieren immer neue Rüstungsprogramme. Ich nenne nur die Flugraketen und die Neutronenbomben. Und hier — im Weltrüsten — ist unbestritten das Pentagon führend.

NZ

POST

Zu einer Zeit, da die ganze UdSSR den Entwurf ihrer neuen Verfassung erörtert, möchte man von den Erfolgen des Volkes in den Jahren der Sowjetmacht sprechen. Bereit sind die Angaben über die Entwicklung der Kultur in unserer Usbekischen Republik. Vor der Revolution konnten hier nur 2% der Bevölkerung schreiben und lesen, es gab keine einzige Hochschule. Heute gehen bei uns 3,8 Millionen Kinder täglich zur Schule, die Republik zählt 250 000 Studenten, auch in den Fach- und Betriebsberufsschulen lernen Hunderttausende. In der Anzahl der Studenten technischer Hochschulen je 10 000 Einwohner ist Usbekistan den USA weit voraus. In der Akademie der Wissenschaften der Usbekischen Republik und in den zahlreichen anderen Forschungsstätten sind Tausende Vertreter vieler Nationalitäten tätig. Ist das nicht ein überzeugender Beweis dafür, daß unser Volk in der konsequentesten Demokratie und Freiheit lebt?

Mark GAWRIELOW
Samarkand, Usbek. SSR

Das Volk meines Landes kämpft für seine demokratischen Rechte und will der zunehmenden Einmischung der imperialistischen Mächte in unsere inneren Angelegenheiten eine Abfuhr erteilen. Wer sich über das Geschehen klarwerden will, ist heute ganz besonders auf objektive Information angewiesen. Ihre politische Wochenschrift hilft uns dabei. Bei der Gelegenheit darf ich Ihnen und allen sowjetischen Journalisten Erfolg in Ihrem schöpferischen Wirken unter den Bedingungen des Friedens wünschen.

Luis QUINTINO
Lissabon, Portugal

Der NZ-Beobachter V. Gribatschow hat Ihrem Leser aus den USA eine würdige Antwort gegeben, indem er zeigte, was die Fremdelegionen von heute darstellen (Nr. 26/77). Ich bin empört über Mr. Walsh' Worte, diese Söldner wären „freie Amerikaner“ und führten Krieg um die „Freiheitsideale“! Meiner Ansicht nach heißt ihr Ideal Geld. Die Geldgier hat sie seinerzeit nach Vietnam geführt und führt sie heute in andere Länder, die ihre Freiheit verfechten.

J. KOLESNIKOW
Lwow, Ukrain. SSR



Was stellt der ECOSOC dar?

G. ANISSIMOW
Krasnojarsk

Der Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) ist eines der UNO-Hauptorgane. Er beschäftigt sich mit Fragen der internationalen Zusammenarbeit auf ökonomischem und sozialem Gebiet. Gegründet 1946. Mitglieder des Rates sind Vertreter von 54 UNO-Mitgliedsländern, 1/3 wird jährlich durch die UNO-Vollversammlung neu gewählt. Auf den ECOSOC-Wahlen werden 14 Plätze an Staaten Afrikas, 11 Asiens, 10 Lateinamerikas, 13 Westeuropas, u. a., 6 an die sozialistischen Staaten Osteuropas vergeben. Die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates werden für die jeweils laufende Periode gewählt. Sitz des ECOSOC — Genf.

Der Rat arbeitet als leitendes Or-

gan für UNO-Programme auf ökonomischem, sozialem und verwandten Gebieten. Laut UNO-Charta führt der ECOSOC Untersuchungen durch, stellt Berichte zusammen, erarbeitet Empfehlungen zu wirtschaftlichen und sozialen Fragen sowie auf dem Gebiet der Kultur, Bildung und des Gesundheitswesens. Er ist beauftragt, internationale Konferenzen einzuberufen und Konventionsentwürfe für die UNO-Vollversammlung zusammenzustellen und deren Empfehlungen zu verwirklichen.

Im Rahmen des ECOSOC arbeiten verschiedene Kommissionen und Ausschüsse. Der Rat leitet die Arbeit von 5 Regionalen Wirtschaftskommissionen: für Europa (ECE), für Asien und den Pazifikraum (ECAPO), Lateinamerika (ECLA), Afrika (ECA), Westasien (ECWA). Höchstes Organ des ECOSOC ist die zweimal jährlich einberufene Tagung.

PS

Arme Lehrer



Die amerikanische Zeitung *Tampa Tribune* zitierte folgende Äußerungen von drei Lehrern aus den US-Städten Memphis, Bryan und Chikago: „Ich unterrichte 25 Jahre. Die letzten fünf von ihnen sind zu einem Alptraum geworden. Die Schüler zwischen 5 und 11 klauen alles, was nicht niet- und nagelfest ist, und gebrauchen unflätige Ausdrücke.“ „Die Lehrer müssen sich so viel mit der Disziplin befassen, daß der Unterricht fast unmöglich wird.“ „Ich beschließ, meine Lehrertätigkeit aufzugeben, weil ich wegen der Schlägereien einen Nervenzusammenbruch erlitten habe. In der letzten Woche bedrohte mich ein Schüler mit dem Messer. Einfach schrecklich.“

Goldene Hochzeiten

Lohnt es sich, den Hafen der Ehe anzulaufen? Diese Frage ist jetzt für viele Schweizer Paare akut. Die Steuern werden berufstätigten Ehepartnern nicht einzeln abgezogen, sondern von ihrem Gesamteinkommen. Das führt dazu, daß Jungvermählte gleich bedeutend mehr Steuern zu bezahlen haben als vor der Eheschließung. So kommt es also zu „golden“ Hochzeiten.

Origineller geht's nimmer

Der Brite William Berry beschloß, sich ein originell-

les Vehikel zuzulegen. Für 1095 Pfund Sterling erwarb er einen Triumph Dolomite. Als er sich später sein Auto näher ansah, entdeckte er, daß es nichts anderes war als ein schlecht zusammengebautes Modell aus drei alten Dolomite-Autotypen. Die Firma, die ihm diesen fahrbaren Untersatz angedreht hatte, weigerte sich, das Geld zurückzuerstatten: Schließlich hatte er ja etwas Originelles gewollt.

Gottgefällig

Zwei Gruppen einer amerikanischen Sekte streiten sich, wer denn „von Gott erwählt“ sei. Rulon Allred, der Apostel einer Gruppe, wurde tot in seiner Klinik aufgefunden. Der Verdacht fiel auf seinen Rivalen Ervil le Baron. Diese Auseinandersetzung halten schon viele Jahre an, 21 Menschen mußten dran glauben. Doch die Sektenjünger lassen den Kopf nicht hängen — für Nachschub ist gesorgt. Beide Gruppen propagieren ja — die Polygamie. Dr. Allred hatte 9 Frauen und 46 Kinder, le Baron 8 Konkubinen.

Grabmäler im Sonderangebot



Gerald Liptons Geschäft, der Verkauf von Grabdenkmälern, leidet unter der allgemeinen britischen Wirtschaftsflaute. Liptons Versuch, einen Ausverkauf seiner Grabsteine zu or-

ganisieren, fand nicht bei vielen Käufern Anklang. Da begann er, Grabdenkmäler auf Abzahlung anzubieten. Jeder Kauflustige kann einen Grabstein mit seinem Namen und Geburtsdatum sowie der Verpflichtung der Firma kaufen, das fehlende Datum einzusetzen, sobald der Käufer ins Jenseits gegangen ist. „Das ist eine ausgezeichnete Kapitalanlage“, röhrt Lipton die Werbetrommel. „Schließlich klettern die Preise ja ständig.“ Doch noch immer haben sich nicht viele Interessenten eingestellt.

Corriger la fortune



Bridge, das in Westeuropa zum Intellektuellen-sport avanciert ist, erfreut sich in Italien besonderer Beliebtheit. Der Italienische Bridge-Verband zählt 13 000 Mitglieder, und bei europäischen Ausscheidungsspielen belegen die Italiener besonders häufig den ersten Platz. Doch kürzlich kam es zu einem Skandal. Der italienischen Mannschaft wurden unlautere Tricks vorgeworfen. Aus einem abgehörten und auf Tonband aufgezeichnete Telefongespräch wurde klar, daß die Spieler ihrem Partner mit der Art, wie sie ihre Zigarette halten, oder durch eine angeblich zufällige Kopfbewegung Signale geben. Die Nationalmannschaft hingenommen behauptet, es handle sich um die Tonbandmontage eines Neiders.

Es gibt kein Bier...

Als im letzten Jahrhundert unweit der amerikanischen Kleinstadt Virginia, Staat Montana, Gold gefunden wurde, kamen die

Abenteurer in Massen dorthin. Für sie wurden 110 Saloons geöffnet. Das Goldfieber ging vorüber, für die 600 Einwohner des heutigen Virginia aber gibt es noch sage und schreibe 30 Bars. Nachdem weitere 10 schließen mußten, erklärte der Bürgermeister, daß jetzt auf je 30 Einwohner nur eine Bar kommt. Die Zeit sei nicht fern, da unsere Leute von Durst verrecken werden.

Hundetod

Nach Angaben des britischen Tierschutzverbands haben englische Hundehalter 1976 über tausend ihrer vierbeinigen Lieblinge getötet. Ein Verbands-sprecher, Frank Diamond, erklärte in Bristol, vor allem alte Menschen würden sich zu diesem Schritt entschließen — wegen der steigenden Preise können sie ihre Hunde nicht mehr ernähren. Auch die Kosten der tierärztlichen Betreuung klettern. Vermutlich werden 1977 aus dem gleichen Grunde noch mehr Hunde ins Jenseits befördert.

Rekorde, Rekorde...



Sein ganzes Leben wollte Bob Broadbent berühmt werden und in das Guinness-Buch der Rekorde gelangen. Und endlich glückte ihm das. Unweit seines Hauses in Honiton (Grafschaft Devonshire) startete er mit einem Flugzeug und sprang mit einem Fallschirm aus nur 500 Metern. Alles ging reibungslos vonstatten, außer seiner zerbrochenen Brille. Doch die eigentliche Sensation liegt in etwas anderem — der Rekordhalter ist 85.

Zeichnungen
V. Trintschenko

BÜCHER ZUM 60. JAHRESTAG DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION IN RUSSISCH UND IN ANDEREN SPRACHEN

Werke W. I. Lenins

Sammelbände von Dokumenten zur
Geschichte der Revolution von 1917
und zur Geschichte der KPdSU

Erinnerungen von Teilnehmern und
Augenzeugen der Revolution

Monographien von Historikern

Bücher und Alben über die Entwick-
lung der sowjetischen Wissenschaft,
Technik, Kultur und Kunst in den
60 Jahren Sowjetmacht

Beste Werke sowjetischer Schriftsteller

Ausführliche Informationen im Bul-
letin „Neue Bücher in der UdSSR“ und

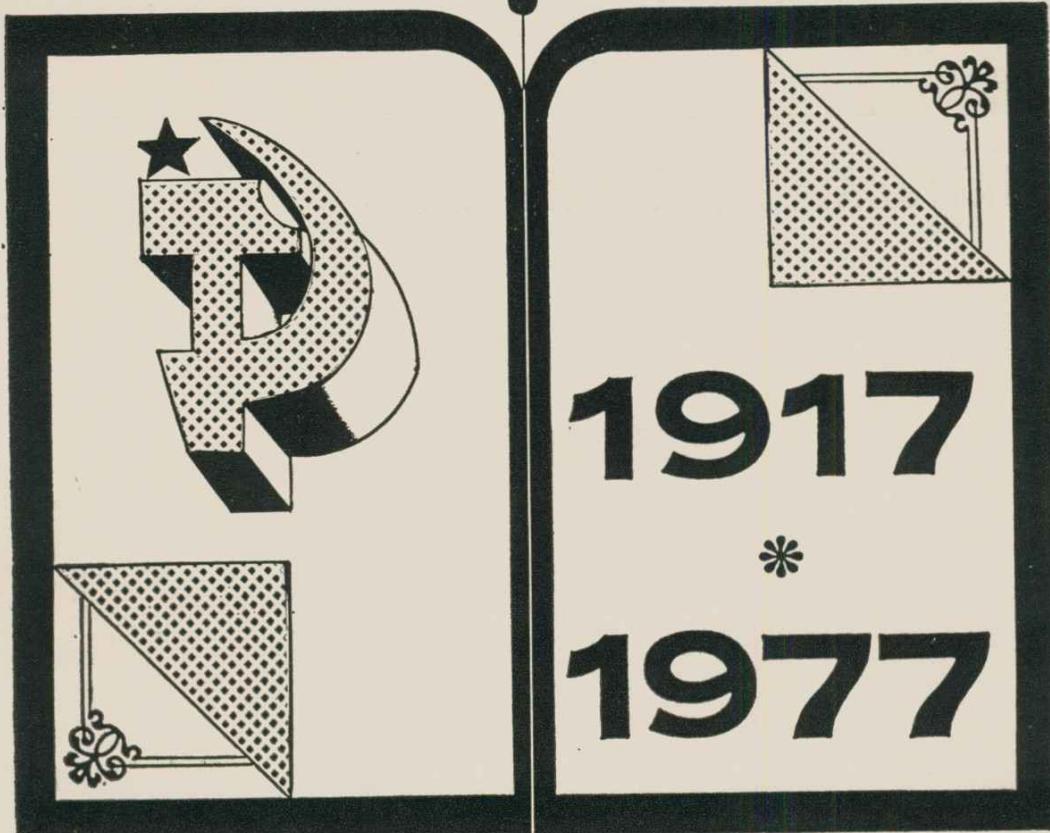
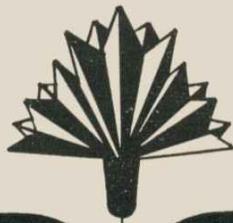
in anderen Reklame- und Informations-
ausgaben, die die Partnerfirmen der
Unionsvereinigung „Meshdunarodnaja
kniga“ in 130 Ländern stets führen. Sie
nehmen auch Bestellungen entgegen.

Wir bieten ferner Periodika, Schall-
platten und Postwertzeichen zum Thema
Jubiläum an

Anschrift: UdSSR, 121200, Moskau
Smolenskaja-Sennaja pl. 32/34
V/O „Meshdunarodnaja kniga“

Telefon: 244 10 22

Telex: 7160



Mezhdunarodnaya Kniga



INTERNATIONALES KINDERFESTIVAL

Eine eindrucksvolle Manifestation von Freundschaft und Solidarität der heranwachsenden Generation und ein gewichtiger Beitrag zum Kampf um glückliche Kindheit in der friedlichen Welt war das Internationale Kinder-

festival unter dem Motto „Immer scheine die Sonne!“, das am 18. Juli in Moskau eröffnet wurde.

Unsere Bilder: Feierliche Eröffnung im Kongreßpalast des Kreml ◆ Polnische Jungpioniere in

Moskau ◆ Gäste aus Schweden ◆ Diese chilenischen Kinder müssen fern von ihrer Heimat leben ◆ Die Aufschrift auf dem Plakat der jungen Delegierten aus Guinea-Bissau lautet: „Frieden, Freundschaft, Solidarität“ ◆ Sie kamen aus Indien ◆ Und schließlich die gastfreudlichen Pioniere der Sowjetunion.

Fotos A. Steschanow,
A. Knjasew, A. Rikelman



NEUE ZEIT

Индекс 70524

на немецком языке

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

AIRLINE OF THE SOVIET UNION